

# Posener Tageblatt

**Marceli DZIENNIK**  
Poznań  
Fr. Ratajczaka 7  
**Herren-Artikel**  
Letzte Neuheiten

Bezug: in Posen monatlich durch Boten 5,50 zł, in den Aus-  
abestellen 5,25 zł, Postbezug (Polen u. Danzig) 5,40 zł, Ausland 3 Rm.  
inschl. Postgebühren. Einzelnummer 0,25 zł, mit Illustr. Beilage 0,40 zł

Anzeigen: im Anzeigenteil die achtgespaltene Millimeterzeile  
17 gr, im Textteil die viergespaltene Millimeterzeile 75 gr.  
Sonderplatz 50%, mehr. Ausland 100%, Aufschlag. — Bei höherer  
Semalt, Betriebsstörung oder Arbeitsniederlegung besteht kein An-  
recht auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



**Anzeigenbedingungen:** Für das Erscheinen von Anzeigen an  
bestimmten Tagen und Plätzen und für die Aufnahme überhaupt kann  
nicht Gewähr geleistet werden. — Keine Haftung für Fehler infolge  
unentgeltlichen Manuskriptes. — Anschrift für Anzeigenaufträge: Posener  
Tageblatt, Anzeigenabteilung, Poznań, ul. Zwierzyniecka 6. — Fern-  
sprecher: 6275, 6105. Postfach-Konto in Polen: Poznań Nr. 212822  
(Concordia Sp. Akc., Drukarnia i Wydawnictwo, Poznań), in Deutsch-  
land: Breslau Nr. 6184. — Redaktionelle Zuschriften sind an die „Schrift-  
leitung des Posener Tageblattes“, Poznań, ul. Zwierzyniecka 6, zu richten.  
— Fernsprecher: 6105, 6275 — Telegrammanschrift: Tageblatt, Poznań



70. Jahrgang

Mittwoch, 28. Januar 1931

Nr. 22

## Winderheitenfrage und... Genfer Schlußbetrachtungen.

Von unserem Sonderkorrespondenten Paul King.

Genf, 24. Januar.

Die Völkerbundshalle machte Sonnabend  
früh den Eindruck eines Bahnhofs. In Gruppen  
stehen die Journalisten, die Delegationsmit-  
glieder, die Sekretäre und Sekretärinnen, die  
Frauen der Minister und sonstigen Mitwirkenden  
herum. Schwarze Südländer, heftig gestikulie-  
rend, von gelassener Ruhe blonde Skandinavier,  
verschmitzt und zischend lächelnd einige kleine  
Japaner mit großen Hornbrillen. Zwei Diener  
führen auf einem Karren, wie sie auf den  
Bahnhöfen gebraucht werden, einen Stoß von  
Resolutionen und andere Dokumente durch das  
überfüllte Vestibül. Hier und da wird stehenden  
Fußes noch ein großes politisches Geschäft in  
Ordnung gebracht. In einer Ecke der zukünftige  
Gesandte in Warschau von Moltke mit dem  
litauischen Außenminister, nicht ohne Tempe-  
rament die Memelfrage debattierend. Auf einem  
Kanapee Graczyński und Prinz Pleß  
in angeregter Unterhaltung, die äußerlich dem  
Zuschauer nichts von ihrer Wichtigkeit verrät.  
Graczyński gibt dem Prinzen Pleß die Zusiche-  
rung, daß alle Steuerzwangsmaßnahmen gegen  
das pleßische Eigentum bis zum 15. Juni auf-  
geschoben werden. Die Angelegenheit wird auf  
Grund dieser Einigung erst auf der Montagung  
wieder zur Sprache kommen. Immer wieder geht  
Bewegung durch den Raum, wenn das Portal  
sich öffnet. Man wartet auf die Außenminister,  
die im Beurlaubung eine geheime Sitzung ab-  
halten, auf der die Entscheidung im deutsch-  
polnischen Streit fallen soll. Aber alles wartet  
vergeblich. Bis zur Mittagsstunde ist die Ein-  
gung noch nicht zustande gekommen.

Um 2 Uhr fahren vor dem englischen Haupt-  
quartier die Wagen der beteiligten Außenmini-  
ster wieder vor. Um ¼ 4 Uhr — das enttäuschte  
Publikum erwartet jetzt die Einigung nicht so  
schnell und ist ruhig in den Hotels geblieben —  
erscheint als erster Curtius im leeren Vestibül.  
Einige vereinsamte Journalisten stürzen auf ihn  
zu. Er ist in auszeichneter Stimmung und  
verrät in seiner sachlich kühlen Weise, hinter  
der sich jedoch unzweideutig die Freude über  
den errungenen Erfolg verbirgt, die Formulie-  
rung, über die man sich geeinigt hat, und die  
wir nun bald auf der Plenarsitzung hören  
werden. Aber es vergeht noch einige Zeit, bis  
man zur Verlesung der Entscheidung in dieser  
wichtigen Frage kommt. Der litauische Außen-  
minister macht lange Ausführungen in der  
Memelfrage. Entgegen dem Bericht des Referen-  
ten Mowinkel, der sich dem deutschen  
Standpunkt anschließt, wünscht Zaunius  
nicht, daß die Rechtsfragen dem Haag über-  
wiesen werden. Henderson schlägt vor,  
die Angelegenheit zu vertagen, und der deutsche  
Außenminister, der immerhin noch auf eine  
Einigung hofft, ist damit einverstanden.  
Endlich, um ¼ 7 Uhr, wird der Bericht verlesen.  
Er hinterläßt einen hier noch nie gesehenen  
Eindruck. Der Völkerbund hat eine Verletzung  
der Minderheitenverträge festgestellt. Er hat  
sich mit einer von vielen unerwarteten Festigkeit  
für die Rechte der Minderheiten eingesetzt, die  
polnische Seite zu Sühne und Schadenersatz  
verurteilt, und einen Bericht über die Maia-  
hahn verlangt, die die polnische Regierung  
zu treffen hat, damit in Zukunft ähnliche Vor-  
kommnisse vermieden werden.

Noch eindrucksvoller als der Bericht des  
Japaners Yoshizawa, der durch die im  
Völkerbundsjargon üblichen Wendungen etwas  
berwachsen und abgeschwächt erscheint, klang  
die Schlußrede des englischen Ratsvor-  
sitzenden. Hendersons Ton erinnerte zwar stark  
an die salbungsvolle Art Wilsons, und nach den  
Erfahrungen, die man bisher gemacht hat, ist  
man versucht, den scharfen Worten Hendersons

dieselbe realpolitische Bedeutung beizumessen,  
die schließlich der pathetische Idealismus Wilsons  
hatte. Immerhin war schon bedeutsam, wenn  
Henderson feststellte, daß die öffentliche Mei-  
nung in England neuerdings ein großes  
Interesse für die Behandlung der  
Minderheiten in Polen zeige. Noch wichtiger  
war die Widerlegung der polnischen  
These, daß durch eine Aufwerfung der Min-  
derheitenfrage Deutschland nur die Frage der  
Grenzrevision in Fluß bringen wolle,  
ergo den Weltfrieden bedrohe. Hen-  
derson stellte im Gegensatz hierzu  
fest, daß gerade die polnischen  
Ansichten in der Minderheiten-  
frage eine Gefahr für den Welt-  
frieden darstellen. Besonders scharf  
war die Ablehnung durch Henderson — auch  
im Ton — des von den Minderheitenstaaten  
geltend gemachten Grundsatzes von der Sou-  
veränität, die eine Einmischung in Fragen  
der Wahlordnung als eine innerpoliti-  
sche Angelegenheiten nicht zulassen. Henderson  
verwies im Gegensatz zu den Forderungen  
der Minderheitenstaaten nach Loyalität  
der Minderheiten auf die Verantwortung  
der Regierungen, die ihre in den Min-  
derheitsverträgen übernommenen Ver-  
pflichtungen zu erfüllen hätten. Er be-  
tonte die Notwendigkeit einer loy-  
alen Behandlung der Minderheiten  
durch die Mehrheitsvölker. Er geißelte die  
Benutzung der Regierungsgewalt zur Auf-  
peitschung nationalistischer Instinkte  
gegen die Minderheitenvölker, und er zog  
deutlich die Grenzen der staatlichen Sou-  
veränität, indem er in starken Worten fest-  
stellte, daß die gegen die Minderheiten  
gerichteten Wahlmißbräuche keine rein  
polnischen Angelegenheiten seien. Den  
polnischen Einwand, daß Deutschland die Min-  
derheitenfrage aus politischen Gründen  
aufgreife, wies er doppelt energisch  
damit zurück, daß er die Beilegung des Konflikts  
nicht einmal von deutsch-polnischen Verhand-  
lungen abhängig machte, sondern als eine  
internationale Angelegenheit, als eine  
Angelegenheit des Völkerbundes be-  
zeichnete.

Man kann den Einwand machen, daß der  
Bericht des Völkerbundes nichts weiter als eine  
papierne Entscheidung, die Rede Hendersons  
nichts weiter als eine schwungvolle Rede war.  
Mancher wird bezweifeln, ob die Entscheidung  
des Völkerbundes zu einer Besserung der Zu-  
stände führt, um so mehr als direkte Sanktionen  
auch diesmal in Genf vermieden worden  
sind, um so mehr als sich wieder gezeigt hat,  
daß die Genfer Prozedur praktisch keine  
wirkliche Handhabe zum Eingreifen der  
Mächte in die Angelegenheiten eines der  
Völkerbundsstaaten gibt. Aber man wird doch  
in Betracht ziehen müssen, daß mit dem  
Aufstehen der konkret formulierten und von  
England unterstützten Forderung einer neu-  
tralen Kommission, ein derartiges Damo-  
klesschwert über die Staaten, die die  
Minderheitenverträge unterzeichnet haben, ge-  
hängt worden ist, daß es im Interesse  
Frankreichs und nahezu aller seiner  
Verbündeten sein muß, die Diskussion  
in der Minderheitenfrage nicht zu verschärfen  
und den seidenen Faden, an dem dieses Damo-  
klesschwert jetzt noch hängt, zu zerschneiden.  
Ganz besonders, da dieser seidene Faden auf  
der Maiaagung durch die Behandlung der  
ukrainischen Beschwerden einer außerordentlich  
schweren Belastung ausgesetzt sein wird. Nach-  
dem das Dreier-Komitee, dem die ukrainischen  
Beschwerden zugeleitet wurden, unter Voris-

Hendersons schneller, als man dachte, beschlossen  
hat, die ukrainische Angelegenheit im Mai vor  
den Rat zu bringen, wobei der deutsche  
Außenminister den Vorsitz führen wird,  
besteht für Polen die Gefahr, daß es einer  
noch schärferen Beurteilung ausgesetzt  
wird, als es diesmal im Januar schon geschah.  
Es wird daher vor allem im Interesse Polens  
sein, die jetzt im Bericht des Völkerbundes  
ausgedrückten Voraussetzungen voll und loyal  
zu erfüllen. Noch mehr als in der deutschen  
Frage ist in der Angelegenheit der ukrainischen  
Minderheit die gesamte öffentliche Meinung  
in England gegen Polen gerichtet, der auch vor  
allem Henderson in seiner Rede Rechnung trug.  
Läßt es Polen zu, daß im Mai in Genf die  
ukrainischen Beschwerden durch eine Richter-  
füllung der von Zaleski jetzt in Genf über-  
nommenen Verpflichtungen gegen die deutsche  
Minderheit einen für die englische Regierung  
unannehmbaren Rahmen von Hartnäckigkeit  
erhalten, so ist es möglich, daß im Zusammen-  
hang mit der Forderung einer ukrainischen

### Heute:

#### Politik:

Leitartikel: Schlussbetrachtungen  
über Genf.  
Der Wortlaut des Ratsbeschlusses.  
Das neue französische Kabinett.  
Erklärung des Ministerpräsidenten  
Slawek.

#### Wirtschaft:

Senkung der Kunstdüngerpreise.  
Silber-Sorgen.

#### Recht und Steuern:

Das deutsch-polnische Aufwertungs-  
abkommen.  
Die Novelle zum Aktienrecht.  
Rund um die Gewerbesteuer.

#### Feuilleton:

Mozart der Deutsche.

Autonomie auch noch andere Fragen aktuell  
werden.

## Der Wortlaut des Beschlusses Der offizielle Ratsbericht

Der Bericht, den der Referent über die deutsch-  
polnischen Minderheitenverträge, der Vertre-  
ter Japans, dem Räte erstattete, hat folgenden  
Wortlaut:

1. Die deutsche Regierung hat in drei Notizen,  
von denen zwei sich auf die Lage der deutschen  
Minderheit in der Wojewodschaft Schlesien  
und eine auf die Lage dieser Minderheit in den  
Wojewodschaften Polen und Pommern beziehen,  
und ebenso der Deutsche Volks-  
bund in einer die Wojewodschaft Schlesien be-  
treffenden Petition, den Rat des Völkerbundes  
mit einer Reihe von Vorfällen und Tatsachen  
bekannt, die nach ihrer Meinung Verstöße — sei  
es gegenüber den Bestimmungen des Vertrages  
für politische Minderheiten, soweit die Wojewo-  
dschaften Polen und Pommern betroffen sind,  
sei es gegenüber der deutsch-polnischen  
Konvention für Oberschlesien, soweit die  
Wojewodschaft Schlesien betroffen ist — dar-  
stellen sollen.

Die in diesen verschiedenen Dokumenten ver-  
tretene These besteht darin, daß gelegentlich der  
polnischen Wahlen vom November 1930 die deut-  
sche Minderheit durch verschiedene Mittel gehin-  
dert worden ist, frei ihre Vertreter zu wählen.  
Dieses Ergebnis soll teils durch Anschläge auf  
die freie Ausübung des Wahlrechts, teils durch  
Angriffe auf Minderheitsangehörige und  
ihre Eigentum,

und zwar mit der Tendenz, einen terroristischen  
Zustand herbeizuführen, erreicht worden sein.  
Ich möchte es für nützlich halten, die beiden  
Hauptelemente dieser Frage getrennt zu unter-  
suchen.

2. Die drei Notizen der deutschen Regierung ent-  
halten eine ganze Reihe von Behauptungen, die  
sich auf die nicht normalen Bedingungen beziehen,  
unter denen das Wahlrecht von der deutschen  
Minderheit ausgeübt worden sein soll und die  
die unmittelbaren Verstöße betreffen, die von sei-  
ten der Behörden gegen dieses Wahlrecht, dessen  
freie Ausübung zu überwachen gerade ihnen auf-  
gegeben worden war, vorgekommen seien. Die  
deutsche Regierung ist der Ansicht, daß diese Art  
des Vorgehens seitens der polnischen Behörden  
gegen die Minderheiten gerichtet gewesen sei und  
daß sie tatsächlich das Ergebnis einer Verminde-  
rung in der parlamentarischen Vertretung der  
deutschen Minderheit erreicht hat. Die polnische  
Regierung hat in ihrer Note vom 1. Januar und  
der von ihrem Vertreter in der Sitzung des Rates  
vom 21. Januar gehaltenen Rede ihrerseits eine  
Reihe von Erwägungen vorgebracht, die eine  
Erklärung dafür bieten sollen, daß dieser  
Rückgang der parlamentarischen Vertretung der  
Minderheit auf Ursachen beruht, die mit dem  
von der deutschen Regierung erwähnten nichts  
zu tun hätten.

Die polnische Regierung hat nicht bestritten,  
daß sich diese Zwischenfälle ereignet haben, und  
hat auseinandergesetzt, daß die Wahlorganisation  
besondere Instanzen gerichtlichen Charakters vor-  
sicht, um alle Verantwortlichkeiten festzustellen,  
soweit es sich um die Ausübung des Wahlrechts  
handelt. Andererseits möchte ich feststellen, daß  
der Deutsche Volksbund in seiner Petition er-  
klärt, daß der Vorstoß gegen die freie Ausübung  
des Wahlrechts Gegenstand von Reklamationen  
an die polnischen Instanzen gewesen sei und daß  
er sich ausdrücklich vorbehalten, eine besondere  
Petition dem Völkerbunde einzureichen. Es ist

richtig, daß wir hinsichtlich der Wojewodschaften  
Polen und Pommern nicht die gleichen Mit-  
teilungen erhalten haben, aber ich glaube, daß  
wir wohl annehmen können, daß in diesen beiden  
Wojewodschaften die Dinge sich in ähnlicher  
Form abgespielt haben. In dieser Lage würde  
der Rat nach seiner Ansicht richtig handeln,  
wenn er es im Augenblick vermeiden würde,  
die materielle Seite der Informationen aus-  
zusprechen, die ihm vorgelegt worden sind und  
von denen er Kenntnis nimmt.

3. Ich möchte jetzt das zweite Element der vor-  
liegenden Fragen prüfen, und zwar hinsichtlich  
der Anschläge, denen die Angehörigen und das  
Eigentum der Minderheit ausgesetzt gewesen sind.

Die Petition des Volksbundes enthält ein  
detailliertes Exposé von 245 Fällen dieser Art.  
Ich glaube nicht, schon jetzt in eine Prüfung  
dieser Fälle eintreten zu müssen.

Niemand hat bestritten, daß Vorfälle dieser  
Art sich abgespielt haben und daß Vorfälle von  
einer Schwere und einem Ausmaße gewesen sind,  
die den hinreichend berechtigten Schluß erlauben,  
daß in zahlreichen Fällen eine Verletzung der Ar-  
tikel 75 und 83 der Genfer Konvention stattge-  
funden hat. Ich füge übrigens hinzu, daß die  
polnische Regierung unverzüglich eine Enquete  
hierüber veranlaßt hat. Dies sind die ersten  
Feststellungen, die der Rat vornehmen müßte.  
Wie schon der Vertreter der deutschen Regierung  
in seiner Rede vor dem Rat ausgeführt hat, ist  
das entscheidende Moment in dieser Angelegen-  
heit das Verhalten der Behörde. Hier möchte ich  
mir erlauben, eine Unterscheidung anzuwenden  
zwischen dem, was ich nennen möchte die unmit-  
telbaren Verantwortlichkeiten, und dem, was ich  
nennen möchte die mittelbaren Verantwortlich-  
keiten. Uns beschäftigen die unmittelbaren Ver-  
antwortlichkeiten.

Es sind folgende: Die polnische Regie-  
rung hat uns unterrichtet, daß alle in der Peti-  
tion des Volksbundes erwähnten Fälle Gegen-  
stand genauer Untersuchungen gewesen sind. In-  
folge dieser Untersuchung seien 125 Fälle dem  
Gericht überwiesen. In 28 Fällen hat  
der Staatsanwalt öffentliche Anklage erhoben,  
und hiervon seien bereits in 10 Fällen Ur-  
teile der zuständigen Gerichte er-  
gangen.

Gegen 17 Beamte seien Diszipli-  
narverfahren eingeleitet worden und neun  
von ihnen eine Rüge erteilt. In 88  
Fällen geringerer Bedeutung soll die Unter-  
suchung noch nicht abgeschlossen sein; in 41 Fällen  
hätten die Behörden das Verfahren aus verschie-  
denen Gründen abgeschlossen. Ich glaube, daß ich  
von der Gesamtheit der von der polnischen Regie-  
rung getroffenen Maßnahmen Kenntnis nehmen  
konnte. — Andererseits wird der Rat den Wunsch  
haben, vor seiner nächsten Sitzung von der pol-  
nischen Regierung eine vollständige und genaue  
Darstellung der Ergebnisse zu erhalten, die die  
hinsichtlich der verschiedenen Fälle angeordneten  
Untersuchungen ebenso wie die infolge dieser  
Untersuchung eingeleiteten Sanktionen und Ent-  
schuldigungsmaßnahmen gehabt haben.

4. Ich bin mir sehr wohl dessen bewußt, daß  
die mittelbaren Verantwortlichkeiten einen besonders  
delikateten Charakter tragen. Ich möchte zunächst die große  
Bedeutung unterstreichen, die nicht nur im Inter-

Lardieu-Kabinett unter Laval

Unsichere Mehrheitsverhältnisse. — Wahlorgen der Radikalen.

Paris, 27. Januar. (R.) In Frankreich ist das Kabinett Laval heute nacht gebildet worden. Das neue Kabinett setzt sich zusammen aus Mitgliedern der Parteien der Mitte, der gemäßigten Rechten und der äußersten Rechten.

Paris, 27. Januar. (R.) Nachdem die Radikalen, an den Beschlüssen ihrer Parteitage festhaltend, es abgesehen haben, in eine Kombination einzutreten, in der die Maringruppe vertreten ist, blieb Senator Laval nichts anderes übrig, als entweder, wie vor fünf Wochen, auf die Kabinettsbildung zu verzichten oder das alte Kabinett Lardieu — mit Laval an der Spitze und Lardieu im Kabinett — zu bilden.

Zwei Nachwahlen, die am letzten Sonntag stattfanden und im zweiten Wahlgang zu entscheiden sind, haben ihnen wieder den Beweis geliefert, daß ihnen die Sozialisten fast auf den Fersen sind. Die Radikalen glauben sich also nicht den Luxus eines Experiments leisten zu können.

Wie groß die Mehrheit sein wird, auf die sich das Kabinett Laval stützen kann, wird erst zu erweisen sein. Denn im zurückgetretenen Kabinett war eine ganze Reihe von Linkrepublikanern, also Abgeordneten der Fraktion Lardieu, und Anhänger der radikalen Linken vertreten.

Betrachtet man das neue Kabinett nach den Personen, die ihm angehören, so findet man die führenden Persönlichkeiten des letzten Kabinetts Lardieu, wenn auch mit anderer Rollenverteilung, wieder, nämlich Paul Reynaud, Maginot, Flandin, Francois Poncet, Dumensil und Pietri, außer Lardieu selbst, der sich mit dem Ackerbauministerium begnügt hat.

Da Briand bleibt, wird sich in der Außenpolitik des neuen Kabinetts nichts ändern. Allerdings muß festgestellt werden, daß im zurückgetre-

tenen Kabinett Steeg Briand mehr Elbogenfreiheit hatte als in dem neuen Kabinett Laval, in dem z. B. der Kriegsminister Maginot durch seine intransigente Einstellung zur Abrüstungsfrage bekannt ist.

Der neue französische Ministerpräsident.

Paris, 27. Januar. (R.) Senator Laval, der zum erstenmal Ministerpräsident ist, stammt aus sehr kleinen Verhältnissen. Er ist der Sohn eines Fleischers und hat sich das Studium nur dadurch ermöglicht, daß er nebenher Stunden gab. Er ist jetzt 47 Jahre alt und war 1914 als sozialistischer Abgeordneter eines Pariser Vorortes in die Kammer eingetreten.

Schon während des Krieges wollte Clemenceau ihn in sein Kabinett aufnehmen, aber Laval lehnte ab. 1919 bei den Wahlen des nationalen Blocks wurde er nicht wiedergewählt. Jahrelang hörte man nichts von ihm, bis er 1924 wieder in die Kammer eintrat, aber dieses Mal nicht mehr als Mitglied der sozialistischen Partei, sondern ohne Parteizugehörigkeit.

1925/26 gehörte er den Kabinetten Painlevé und Briand als Justizminister an. 1927 wurde er zum Senator gewählt. In letztem Kabinett Lardieu zeichnete er sich als Arbeitsminister dadurch aus, daß er die

Freundschaftsvertrag zwischen Ungarn und Oesterreich.

Wien, 27. Januar.

Im Bundeskanzleramt wurde gestern der zwischen Oesterreich und Ungarn abgeschlossene Freundschafts-, Vergleichs- und Schiedsgerichtsvertrag vom ungarischen Ministerpräsidenten Graf Bethlen und von Botschafter Dr. Schöber unterzeichnet.

Der Vertrag ist eine wesentliche Ergänzung des am 10. April 1923 zwischen den beiden Ländern abgeschlossenen Schiedsgerichtsvertrages. Die Einleitung zu dem früheren Vertrag hatte insofern einen politischen Charakter, als dort die Notwendigkeit betont wurde, in den sich ergebenden die bei den Länder berührenden Fragen in Fühlung zu bleiben. In der Einleitung des jetzigen Vertrags wird nachdrücklich auf das bestehende Freundschaftsverhältnis zwischen Oesterreich und Ungarn hingewiesen und erwähnt, daß der frühere Vertrag wesentlich ergänzt wird, in inhaltlicher Hinsicht aber aufrechterhalten bleibt.

Die Lage in Spanien.

Der Ministerrat beschloß am Sonnabend die Aufhebung des Belagerungszustandes über Spanien mit sofortiger Wirkung. Nicht betroffen von dieser Verfügung werden die Korpsbezirke von Madrid und Saragossa. In diesen Bezirken soll der Belagerungszustand durch den Ministerpräsidenten selbständig wieder aufgehoben werden können, mit Ausnahme wiederum der Hauptstädte. Die Zensur geht von der Militärbehörde an das Innenministerium über, bleibt aber entgegen der allgemeinen Erwartung noch weiter

Sozialversicherung gegen starke Widerstände zur Verabschiedung bringen konnte. Laval gilt als ein Schüler von Briand, der ihm besondere persönliche Sympathie entgegenbringt.



Gandhi freigelassen.

Unmittelbar nach Abschluß der britisch-indischen Rundtisch-Konferenz in London hat der Vizekönig von Indien im Sinne der neuen Verständigungspolitik die bedingungslose Freilassung Gandhis und seiner Mitarbeiter angeordnet. Gandhi, der große Führer der indischen Nationalisten, wurde am 5. Mai 1930 wegen seines Kampfes gegen das Salzmonopol verhaftet.

bestehen. Das Madrider Komitee der Sozialistischen Partei hat Sonnabend abend beschlossen, dem Nationalkongress der Partei Wahlenthaltung vorzuschlagen. Dieser sehr wichtige Beschluß wurde mit 188 gegen 38 Stimmen gefaßt.

Die Regierung hat sich also doch nicht entschließen können, den Ausnahmezustand allgemein aufzuheben. Der Beschluß, ihn in Madrid und Saragossa beizubehalten, wird ausdrücklich damit begründet, daß in beiden Bezirken wichtige Kriegsverhandlungen stattfinden müssen. Die Regierung scheut sich ganz offenbar auch, diese Verhandlungen unter Pressefreiheit stattfinden zu lassen. Die Regierung beabsichtigt am Tage der Unterzeichnung des Dekrets über die Einberufung der Wahlen durch den König die Zensur ganz aufzuheben, um nicht einen ungünstigen Eindruck über die Wahlfreiheit aufkommen zu lassen und gleichzeitig die Liberalen um Romanones für die Beteiligung an den Wahlen zu gewinnen. Nach dem Beschluß der Madrider Sozialisten scheint es jetzt sicher, daß außer den bürgerlichen Republikanern auch die Sozialisten nicht zu den Wahlen gehen. Ebenjowenig werden sich voraussichtlich die Konstitutionalisten, das ist der linke Flügel der alten monarchistischen Liberalen, an den Wahlen beteiligen.

Grippe.

Madrid, 26. Januar.

In ganz Spanien wütet eine schwere Grippeepidemie. In Madrid sind 40 Prozent aller Einwohner erkrankt. Dies dürfte der europäischen Rekord sein. Schon seit einer Woche wird, wegen Mangels an Personal, nur noch einmal täglich Post ausgetragen.

Die Propaganda Lord Cecil's für die Abrüstungsfrage.

London, 27. Januar. (R.) In Fortsetzung der Propaganda, mit der Lord Cecil das Interesse der Öffentlichkeit an der kommenden internationalen Abrüstungskonferenz zu erhöhen sucht, hob er gestern abend in einer Rede in Colwyn Bay hervor, daß der in Genf ausgearbeitete Konventionsplan eine sehr weitgehende Einschränkung des Mannschafbestandes und des Kriegsgerätes aller Nationen ermöglichen würde.

esse der inneren Konsolidierung, sondern auch dem des internationalen Friedens dem Erfordernis beizumessen ist, daß in Gebieten, wie in der Wojewodschaft Schlesien alles vermieden wird, was direkt oder indirekt die Gemüter erregen oder Leidenschaften aufreizen könnte. Es versteht sich von selbst, daß sich hieraus für die Behörden besondere schwerwiegende Verantwortlichkeiten und Verpflichtungen ergeben, die ihrerseits eine gewissenhafte Beachtung der Minderheitenrechte und ein weitgehendes Verständnis erfordern.

Es dürfte insbesondere notwendig sein, daß keine Behörde, welche sie auch sei — und je höher die Behörde gestellt ist, um so gebieterischer ist diese Verpflichtung — sich dem Verdacht aussetzen darf, sich an politischen Streitigkeiten zu beteiligen, besonders wenn diese einen die Minderheiten berührenden Charakter tragen. Andererseits ergibt sich aus den Dokumenten, die dem Rat unterbreitet wurden und aus den Debatten, die in diesen letzten Tagen stattgefunden haben, der Eindruck, daß

der sogenannte Aufständischenverband von einem Geist befeuert ist, der sicherlich nicht geeignet ist, die Annäherung zwischen zwei Elementen einer Bevölkerung zu erleichtern, deren friedliches Nebeneinanderleben eine Vorbedingung der politischen Konsolidation in diesem Teile Europas darstellt. Es liegt auf der Hand, daß in Gebieten mit einer gemischten Bevölkerung wie Oberschlesien keine Vereinigung mit ausgesprochen nationaler Tendenz in dem Sinne privilegiert sein dürfte, daß dies dem Interesse einer Minderheit Abbruch tun kann. Um dieses Ziel zu erreichen und mangels eines andern Mittels, besteht daher ein Interesse daran, daß die polnische Regierung die notwendigen Maßnahmen trifft, um die besonderen Bande zu lösen, welche zwischen den Behörden und derartigen Vereinigungen bestehen können, die eine politische Aktivität entfalten, wie sie soeben beschrieben ist.

Es ist in jedem Falle unerlässlich, daß man bei der deutschen Minderheit der Wojewodschaft Schlesien wieder ein Gefühl des Vertrauens erweckt, welches unglücklicherweise tief erschüttert zu sein scheint, und ohne das sich zwischen Minderheit und Staat nicht die Zusammenarbeit herstellen läßt, die die Verträge und die Resolutionen der Völkerbundsversammlung und des Völkerbundsrates als eine gebieterische Pflicht sowohl für den Staat, wie auch für die betreffende Minderheit hingestellt haben. Der Rat wird bestimmt, zu gegebener Zeit vor seiner nächsten Session von den Entscheidungen, die die polnische Regierung in dieser Richtung zu treffen für richtig befunden haben wird, Kenntnis zu nehmen wünschen.

Wenn der Rat mit den in diesem Bericht dargelegten Gesichtspunkten einverstanden ist, könnte er folgenden Resolutionsentwurf annehmen:

Der Rat nimmt den vorliegenden Bericht des japanischen Vertreters an.

Henderons Ansprache.

Der Wortlaut.

Die Ausführungen, mit denen der britische Außenminister Henderson die Verhandlungen über die deutschen Beschwerden abschloß, hatten folgenden Wortlaut:

Ich möchte dem Berichterstatter für die Lösung dieser so schwierigen Frage danken. Ich möchte auch dem Rat und insbesondere den zwei beteiligten Mitgliedern für das Ergebnis danken, auf das alle stolz sein können und das von jedem Freunde des Völkerbundes mit Erleichterung aufgenommen werden wird. Die öffentliche Meinung und das Parlament in Großbritannien haben dieser Frage ein großes Interesse entgegengebracht, und ich kann mit Sicherheit erklären, daß sie mit dem Ergebnis zufrieden sind. Heute spreche ich nicht so sehr als Vertreter Großbritanniens, sondern als Vorsitzender des Völkerbundsrates. Ich brauche nicht zu betonen, wie glücklich ich bin, daß die Bestimmungen der Minderheitenverträge und der Genfer Konvention vom Völkerbundsrat befolgt worden sind.

Diese Verträge sind ein Bestandteil des öffentlichen Rechtes in Europa und der Welt. Mit der Schaffung der Friedensverträge wurde anerkannt, daß die lokale Ausführung der Minderheitenverträge notwendig sei. Die Aufrechterhaltung dieser Verträge ist deshalb keine nationale Frage, sondern eine Frage internationaler Natur und besondere Aufgabe des Völkerbundes, an der wir alle eine gemeinsame Pflicht und ein gemeinsames Interesse haben.

Würde das Vertrauen in dieses Ratsystem erschüttert werden, so würden die Folgen nicht voraussehen sein. Ich appelliere an alle Beteiligten, nichts zu unterlassen, was zu einer dauernden Lösung beitragen kann, ich appelliere an die Mehrheit der Bevölkerung Oberschlesiens, zu beachten, daß es nicht in ihrem Interesse liegt, die Rechte der Minderheit zu unterdrücken, ich appelliere aber auch an die Minderheit, zu bedenken, daß sie ein Interesse daran haben muß, mit der Regierung, unter der sie lebt, loyal zusammenzuarbeiten. Aus Erfahrungen wissen wir, daß die gewissenhaften Anstrengungen dieser Art zu den besten Erfolgen führen. Das sehen Sie an der Schweiz und an anderen Ländern. Ich hoffe und möchte glauben, daß die heutigen Verhandlungen wie auch die Rats-tagung das Entschließen einer neuen und endgültigen Bemühung bedeuten wird, um zu einer dauernden und erfolgreichen Lösung der Minderheitenfrage zu gelangen.

Stundenflug des Do X.

Düsseldorf, 27. Januar. (R.) „Do X“ steigt heute mit 25 Gästen zu einem Stundenflug auf. Unter den Gästen befinden sich der deutsche Geschäftsträger sowie Vertreter von Marine, Heer, Behörden und Presse. Die an Bord gehenden Marine- und Heerflieger werden teilweise selbst das Steuer führen. Es herrscht große Begeisterung.

Mozart, der Deutsche.

Zu seinem 175. Geburtstag am 27. Januar.

Von Dr. Hans Tesmar

Man hat Mozart, den Tonlichter, den Komponisten, den Muster durch ein Jahrhundert mit unausgesetzter Begeisterung gefeiert. Biographen und Psychologen haben jedes kleinste Schleichchen über seinem Leben geklärst und in ihn bisweilen mehr hineingesehen, als es die klaren und sprudelliebenden Erdentage Wolfgang Amadeus Mozarts eigentlich zuließen. Man hat über allem vergessen, daß Mozart auch ein großer Deutscher, einer der glühendsten Patrioten seiner Zeit gewesen ist.

Dieses deutsche Bekenntnis, das uns Mozart hinterlassen hat, fließt nicht einzig und allein aus seiner Musik. Man muß dazu schon den ganzen Mozart nehmen, man muß vor allem seine herrlichen Briefe lesen, die fast alles Wissenswerte über den Menschen enthalten und den Lebensablauf eines Genies dazu. In einem dieser Briefe steht eine Stelle, die für alle Zeiten mit Gold unterstrichen werden sollte. Sie lautet:

„Das wäre ja ein ewiger Schandfleck für Deutschland, wenn wir Deutsche einmal im Ernste anfangen, deutsch zu denken, deutsch zu handeln, deutsch zu reden und gar deutsch zu singen.“

Dieser Auffreier, vor 150 Jahren wirkt noch heute erschütternd und aufrüttelnd.

Die Musikkritik hat sich in den letzten dreißig Jahren große Mühe um den Nachweis gegeben, daß man Mozart fälschlich immer nur als deutschen Musiker bezeichne. Als Opernkomponist, so bezugete man, stand Mozart überwiegend in italienischer Schuld. Von seinen zwanzig Bühnenwerken gehören streng genommen nur 5 zur Gat-

tung des deutschen Singspiels. Die übrigen sind opera seria und opera buffa.

Man wird gut tun, vor diesen unwiderleglichen Schlüssen der gelehrten Musikforschung sein ergebenes Kompliment zu machen. Mozart hat unbefangenen nach den italienischen Formen gegriffen, weil es geschliffene und wundervoll biegsame, kultivierte Formen waren. Frei von der Form ist nur, wer sie völlig beherrscht. Ohne diese fertigen Formen hätte Mozart nie zu uns sprechen können.

Nein, lassen wir die Lupe beiseite und schließen wir am besten ganz die Augen. Dann spricht diese Musik zu uns, dann steigt eine Welt von Tönen auf, deren Deutlichkeit vor der ganzen Welt verstanden und geliebt wird.

Und dann, lassen wir alles versinken und erwägen eine kurze Minute lang die furchtbare Vorstellung, daß alles von Mozart verlorengegangen sei, außer etwa der „Zauberflöte“.

Nehmen wir sogar an, daß der Name des Komponisten unbekannt ist und unbekannt sogar, welcher Nationalität er gewesen. Würde sie ein Italiener für sich beanspruchen? Wohl kaum. Es wird zu wenig geliebt und zu viel doziert in dieser Oper. Ein Franzose? Was nicht klar ist, würde er antworten, ist nicht französisch und in diesem Werk bleibt allzu vieles unklar. Nein, all diese Auslegungen insgesamt würden zum Schluß zwingen, daß nur ein Deutscher der Schöpfer dieses seltsamen, viel zu wenig erforschten Wertes sein könne. Während über den „Don Juan“ Mozarts eine ganze Spezialliteratur entstanden ist, steht man der Zauberflöte sogar noch heute etwas verlegen gegenüber. Eine Weltanschauung als Oper? Eine Philosophie in Tönen? Die Grundsätze der Freimaurerei in Liedern und Chören? Ein so vertrauter Gedanke konnte nur einem Deutschen kommen. Einem Deutschen dazu, der im Falle der Zauberflöte, die auf Bestellung gearbeitet war, den gemessenen

Auftrag hatte, ein gefälliges und melodisches Werk für den Geschmack des kleinen Mannes zu schreiben. Dieser Mann, der zudem noch Geld brauchte, eine sehr zahlreiche Familie hatte und leidend war, dieser Mann ging dann hin und schaffte die Zauberflöte. Man muß es als einen wahren Glückszufall preisen, daß der Titel nicht noch abgeschmackter ausgefallen ist.

Zur selben Zeit, als bei Goethe der Faustgedanke voll ausreifte, als der Urfaust vorlag, dichtete Mozart seinen Faust in Tönen. Es geht nicht an, hier einen anderen Vergleich als diesen anzustellen.

Um klar darzutun, warum es gerade die Zauberflöte ist, die nicht nur Mozart den Musiker, sondern auch Mozart den Deutschen unsterblich machte, genügt es, den Vater der modernen Musikgeschichte, Krehbichmar, sprechen zu lassen. Er sagt darüber:

„Die Zauberflöte hat die geschichtliche Stellung Mozarts begründet, mit ihr hat er als Deutscher gesiegt... zu ihrer direkten Nachkommenschaft gehören der „Fidelio“, der „Freischütz“ und der „Oberon“, und ihr ist es zu danken, daß schon Soohr und Weber mit wirklich durchkomponierten deutschen Opern hervortreten konnten und daß um die Zeit der Julirevolution die letzten italienischen Operntruppen aus Deutschland verschwanden. In der Geschichte der Oper steht Mozart als der deutsche David da. Er hat uns von der italienischen Herrschaft, die Engländer und Russen bis heute nicht überwunden haben, befreit, er hat von der Bühne aus die internationale Stellung der deutschen Tonkunst vorbereitet und zählt damit unter die wichtigsten Förderer deutschen Ansehens und deutscher Macht.“

Etwas sublimar ausgedrückt: Mozart hat uns unentbehrlich gemacht. Nie und nirgends ist der Deutschenhaft so weit gegangen, daß er sich an Mozart herangewagt hätte.

### Pfarrer Oswald Jost †.

Pf. Im Alter von 62 Jahren verschied am Nachmittag des 21. Januar der bereits im Ruhestand lebende Pfarrer Oswald Jost in Pleschen, der Mitbegründer und langjährige Leiter der Jost-Strederschen Anstalten. Ebenso, wie sein Name mit diesem größten evangelischen Liebeswerk in unserem Gebiet eng verknüpft ist, ist auch sein Leben und seine Arbeit ganz darin aufgegangen. Pfarrer Jost ist ein Kind unserer Heimat. Er wurde am 10. Januar 1868 in Rogowo, Kreis Znin, als Sohn des dortigen Hauptlehrers geboren. Nach seinem Gymnasialbesuch in Krotoschin und in Berlin und dem Universitätsstudium in Breslau und Leipzig legte er die theologischen Prüfungen am 1. Oktober 1892 und am 1. Juli 1894 ab. Nach seiner Ordination am 23. August 1895 durch Konfistorial-Ratsherrn wurde er zunächst Hilfsprediger in Ostrowo und Samotshin und übernahm dann die Pfarrstelle in Sobotta bei Pleschen, die er später wiederum von Pleschen aus verwaltet hat. Mit seiner Ueberföhlung nach Pleschen am 1. Januar 1905 begann auch seine Arbeit in den dortigen Strederschen Anstalten, die zunächst nur als Rettungsanstalten für verwahrloste und verlassene Kinder gedacht waren. Pfarrer Jost war es vornehmlich, die Arbeitsgebiete der Anstalt zu vergrößern und bedeutend zu erweitern. Er hat es selbst oft genug erzählt, wie ihm die ersten Krüppelkinder begegneten und wie ihm die Notwendigkeit eines Krüppelheimes ans Herz gelegt wurde. Bald kam zu dem Krüppelheim für Kinder auch ein für Erwachsene; dazu kamen ein Siechenheim für Männer und Frauen, ein Blindenheim, eine Taubstummenstation und anderes mehr. Besonders zukunftsreich gestaltete sich das Psychopathenheim, das leider durch den Krieg aufgelöst wurde. Der Krieg hat der Anstalt überhaupt schweren Schaden zugefügt. Pfarrer Jost mußte damals seine Arbeitskraft verdoppeln und vor allen Dingen immer wieder sehen, wie er für die vielen Menschen Brot, Kleidung und Heizung schaffte. Diese aufreibende Arbeit, die nach dem Kriege und besonders in der verhängnisvollen Inflationszeit immer drückender wurde, hat auch neben der schwierigen Diasporaarbeit in beiden Gemeinden Pleschen und Sobotta, den Grund zu seinem Herzleiden gelegt, das ihn vorzeitig aus der Arbeit ausschleiden ließ. Als Fachmann der praktischen Inneren Mission hat er jahrelang dem Vorstand des Landesverbandes für Innere Mission angehört und sich gern und oft als Nebener bei den verschiedensten Tagungen betätigt. Vor mehreren Jahren ging ihm seine treueste Mitarbeiterin, seine Gattin Anna, geb. Vernoth, im Tode voran. Während seines kurzen Ruhestandes blieb er weiterhin in Pleschen wohnen und hat mit viel Liebe und Interesse Leben und Treiben in der Anstalt verfolgt. Sein Nachfolger in dem umfangreichen Werk ist Pfarrer Joachim Scholz geworden. Die Beerbigung des Heimgegangenen hat unter lebhafter Beteiligung beider Gemeinden und weiter Kreise der Pfarrerschaft und Freunde des Pleschener Werkes am Montag nachmittag in Pleschen stattgefunden.

### Kleine Pofener Chronik.

**em. Der Todesprung.** Ein tragischer Vorfall ereignete sich im hiesigen Garnisonlazarett. Der dort untergebrachte nierenkranke Infanterist Ignac Kaczmarek vom 7. Bat. der Telegaphen-Abteilung sprang in einem unbewachten Moment aus dem Fenster des ersten Stockwerkes, wobei er so schwere Verletzungen davontrug, daß er kurz danach starb.

**em. Dieb als Kriminalbeamter.** In der Wohnung des abwesenden Ludwig Witwiski erschien eine unbekannte Persönlichkeit, die sich dem Dienstmädchen als Kriminalbeamter vorstellte. Als das Dienstmädchen sich entfernte, den Herrn Kommissar anzumelden, entfernte sich dieser schleunigst unter Mitnahme eines photographischen Apparates im Werte von 700 Zloty.

**em. Die Leiche eines Kindes im Kanal?** In der Ziegelstraße im Kanal an der Bogdanfa fand man dieser Tage die Leiche eines neugeborenen Kindes männlichen Geschlechts, welche nach dem Gerichtsprosektorium gebracht wurde.

**em. Die täglichen Einbrüche und Diebstähle.** Aus dem Wohnzimmer des Mieczyslaw Szulc, Alter Markt, entwendeten Diebe ein Delgemälde (Porträt der Lady Hamilton). Die Kunstamateure nahmen auch einen Wifitenkarten-Unterfah mit. — In das Friseurgeschäft des Josef Bresler, ul. Kraszewskiego 30, wurde ein Einbruch verübt, wobei den Tätern allerhand Drogen im Werte von 3000 Zloty in die Hände fielen. — Ein fremder Einbruch wurde Sonntag zwischen 6 und 8 Uhr abends in die Firma Kowalki, Große Gerberstraße 22, verübt, wobei den Tätern Damentische im Werte von ungefähr 4000 Zloty in die Hände fielen. — In das Friseurgeschäft des Franz Raif drangen Diebe ein und entwendeten sechs Haarschneidemaschinen, sechs Rasiermesser, zwei elektrische Massageapparate, ungefähr 60 weiße Servietten im Gesamtwerte von ungefähr 550 Zl.

— In die Wohnräume der Expedientin des Karl Reschke drangen Diebe ein und entwendeten zwei Mäntel, 3 Kleider, 2 Sweater, 3 Paar seidene Strümpfe, 3 Handtaschen und 122 Zloty Bargeld. Der Gesamtschaden beläuft sich auf 950 Zloty. — Aus der Wohnung des Wladislaw Galczynski, Waly Leszczynskiego 6, entwendeten Diebe zwei Herrenanzüge und ein Paar Laßschuhe im Werte von 370 Zloty. — Der Marja Pawlaczyk, ul. Szamarszewskiego 10 entwendeten Diebe nach einem Einbruch zwei Damenmäntel im Werte von 300 Zloty. — Die hiesige Kriminalpolizei warnt vor Ankauf eines Ballen Seide „Creppe Georgette“ (etwa 12 Meter), da diese von einem Diebstahl herrührt. Im Falle eines Angebotes wird gebeten, den Verkäufer bei der Polizei anzuzeigen.

## Gerichtspraktikant zu 1 Jahr Zuchthaus verurteilt

### Nachklang zur Betrugsaffäre Bogdanow!

em. Der Prozeß wegen des Diebstahls einiger Gerichtsdepositenakten durch den Ingenieur Grzegorz Bogdanow fand am 24. Januar vor der Strafkammer des Pofener Landgerichts unter Vorsitz des Landrichters Japa seinen Abschluß. Da Bogdanow, als er sich entlarvt sah, Selbstmord verübt hatte, begann die hiesige Kriminalpolizei ihre Ermittlungen in einer anderen Richtung. Sie führten zu der Einsicht, daß Bogdanow Komplizen zur Ausführung seiner Tat gehabt haben mußte. Schließlich wurde der Gerichtspraktikant St. Nowak und die Stenotypistin des D. O. K. VII der Mittäterschaft überführt und verhaftet.

Bei der Verhandlung hatten sich die beiden wegen Betruges und Urkundenfälschung zu verantworten.

Die Beweisaufnahme ergab folgendes: Am 22. Oktober 1929 wurde durch einen hiesigen Rechtsanwalt als Bevollmächtigten der Erbprinzlichen Brauerei in Zwoiec ein Deposit in Höhe von 1620,50 Zloty und Wertpapiere in Höhe von 150 000 Zloty hinterlegt. Mit dieser Angelegenheit wurde der Amtsrichter Gawlas betraut. Die Hinterlegung hing mit einem Prozeß zusammen, der gegen die Firma Krzywoni und Frankiewicz aus Kattowitz stattgefunden hatte. Bogdanow, der, wie festgestellt wurde, nur von Betrügereien lebte, machte die Bekanntschaft des Gerichtspraktikanten Nowak, den er zur Ausführung seines Planes unbedingt brauchte.

Bei der ersten Bekanntschaft in der Wohnung des Bogdanow hat er den Nowak um Aufklärung in der Organisation der Depositenabteilung und schließlich um Beschaffung einiger Summe als Restkaufgeld deponieren wollen. Zwischen den von Nowak mitgebrachten Akten befanden sich die der Erbprinzlichen Brauerei. Bogdanow orientierte sich sofort, füllte ein Original-Blankett der Brauerei auf den Namen der Firma Krzywoni und Frankiewicz aus, fälschte die Unterschriften der Gerichtsekretärin Graburka, des Kassenführers Zurek, der Kontrolleurin Modzelewska, des Rechtsanwalts Dr. J. Nowosielski und des Amtsgerichtsekretärs in Kattowitz. Das Abstempeln der Dokumente bewerkstelligte der Angeklagte Nowak. Mit den gefälschten Urkunden begab sich Bogdanow nach dem hiesigen Amtsgericht, wo er sich als Frankiewicz ausgab; die deponierte Summe und die Wertpapiere wurden ihm ausgehändigt.

Nowak erhielt von Bogdanow für seine Bemühungen 70 Zloty, Stoff zu einem Anzug und das Versprechen, daß er ihm eine Wohnung beschaffen werde.

Kurz darauf kam jedoch die Sache ans Tageslicht und Nowak sowie Ladecka, die die gefälschten Dokumente abgeschrieben hatten, kamen auf die Anklagebank. Die heutige Verhandlung, zu der 10 Zeugen geladen wurden, brachte einige ganz interessante Momente. Der Amtsrichter Gawlas, welcher eine Revision der Depositenakten durchführte, stellte fest, daß 47 Akten, die auf höhere Summen lauteten, verschwunden sind.

Der Amtsrichter behauptet, er habe den Angeklagten Nowak immer als einen zuverlässigen, gewissenhaften und ehrlichen Beamten betrachtet.

Der Kriminalkommissar Zbitowski führt aus, daß bei den Ermittlungen festgestellt wurde, daß der Schreibtisch des Dr. Nowosielski erbrochen war, und daß aus ihm einige versiegelte Firmenblanketts gestohlen worden waren.

Nach Ansicht des Zeugen konnte dies nur Bogdanow verübt haben.

Der Zeuge will auch seitens Bogdanow Drohungen gegen seine Person gehört haben.

Der Staatsanwalt Galinski hob hervor, daß der Haupttäter Bogdanow, welcher außer diesen Betrügereien andere hochgestellte Persönlichkeiten und Behörden geschädigt hatte, es verstanden hat, die zwei Angeklagten für seine Zwecke zu gewinnen. Die beiden Angeklagten seien zu bebauern. Jedenfalls mußten die Angeklagten gewußt haben, daß Bogdanow mit den Dokumentenabschriften unsaubere Geschäfte zu betreiben beabsichtigte. Da es sich in diesem Falle um einen Gerichtsbeamten handelt, der das Vertrauen seiner vorgelegten Behörde mißbraucht hat und auch die anderen Gerichtsbeamten dadurch ins schlechte Licht bringen könnte, beantragt der Staatsanwalt eine strenge Bestrafung. Der Verteidiger des Angeklagten Nowak, Rechtsanwalt Dr. Fersten, behauptet ganz entschieden, daß Nowak ein willenloses Werkzeug in den Händen Bogdanows war, und daß derselbe den Angeklagten durch Drohungen in Schach gehalten habe. Er bittet um eine milde Bestrafung. Der Verteidiger der Ladecka, Rechtsanwalt Bilski behauptet, die Angeklagte sei unschuldig, da sie nicht gewußt hätte, was Bogdanow mit den Abschriften, die sie anfertigte, vor hätte.

Das Gericht verkündet nach einer 1½stündigen Beratung nachfolgendes Urteil.

Der Angeklagte Nowak wird für schuldig erklärt und zu einer Zuchthausstrafe von einem Jahre und 150 Zloty Geldstrafe verurteilt.

Die Angeklagte Ladecka wird auf Kosten der Staatskasse freigesprochen.

## Junges Mädchen rächt sich durch Diebstahl.

em. Posen, 26. Januar. Die Schneiderin Marta Zawadzka aus Graudenz machte in Posen die Bekanntschaft eines Ziembicki. Sie klagte ihm, daß sie keine Wohnung besäße und arbeitslos sei. Ziembicki nahm sich ihrer an. Es wurde vereinbart, sie solle als Entgelt für die Unterkunft die Aufwartung besorgen. Nach einigen Tagen bemerkte Ziembicki, der übrigens für die hübsche Schneiderin ein schon recht weit gehendes Interesse bewiesen hatte, daß die Zawadzka Bekanntschaften mit jungen Leuten machte. Deshalb entließ er sie. Bald darauf machte die Zawadzka eine neue Bekanntschaft mit dem nicht zu ermittelnden Kaczmarek, dem sie von dem Vorfall mit Ziembicki erzählte. Die beiden wurden einig, einen Einbruch bei Ziembicki zu unternehmen. Der Plan wurde am 29. 3. 1930 ausgeführt. In die Hände der Täter fielen Betten, Decken und eine größere Menge Wäschestücke. Als die Ziembicki in Sicherheit bringen wollte, wurde sie festgenommen, während ihr Freund Kaczmarek die Flucht ergriff. Bei der heutigen Verhandlung vor der Strafkammer des hiesigen Landgerichts gibt die Angeklagte unter großem Schluchzen die Tat zu, führt aber an, daß sie sich rächen wollte, weil sie von Ziembicki in gemeiner Weise ausgenutzt worden sei. Als sie ihm über wurde, habe er sie auf die Straße gesetzt. Mit Rücksicht auf die bisherige Unbescholtenheit der Angeklagten beantragte der Staatsanwalt eine Bestrafung von 6 Monaten Gefängnis. Das Gericht verurteilte die Angeklagte zu 5 Monaten Gefängnis unter Anrechnung der erlittenen Untersuchungshaft.

### Den Mädchenentführern auf der Spur.

Wie die Presse meldet, soll die Warschauer Polizei der Bande, die junge Mädchen und Frauen entführt, hart auf der Spur sein. Aus den bisherigen Ergebnissen läßt sich noch nicht mit ganzer Bestimmtheit feststellen, ob Mädchenhändler

der Bande angehören oder ob es sich um gewöhnliche degenerierte Personen handelt. An einigen Punkten der Stadt sind in bekannten Vergnügungsorten und Gastwirtschaften Razzien veranstaltet worden, wobei die Polizei mehrere Verhaftungen vornahm. Unter den Verhafteten befanden sich fünf Frauen.

### Zum Autobusunglück in Bromberg.

az. Bromberg, 26. Januar. Zum gestrigen Bericht über das Autobusunglück ist noch zu ergänzen, daß tatsächlich der Chauffeur, wie die Untersuchung ergeben hat, keine Schuld trifft. Er verließ seinen Posten erst, als das Auto bereits mit dem Hinterteil ins Wasser stürzte. Für das Unglück sind also die Sicherheitsbehörden allein verantwortlich zu machen, die, abgesehen von der fehlenden Schutzwehr am Flußufer, nicht dafür gesorgt hatten, daß bei dem furchtbaren Glacis gestreut war.

Es sind, wie jetzt feststeht, nicht sieben, sondern nur sechs Personen ums Leben gekommen. Die Namen der Toten veröffentlichten wir bereits gestern. Die Verletzten sind: Roman Chilinski-Bromberg, Paul Wessel-Bromberg, Paul Heiß-Bromberg, Maria Toma-Brahna.

### Schildberg

Diebstahl. Nachts wurde in die Wohnung des Restaurateurs Jan Hendrykowski eingebrochen und 24 Tischtücher, 8 Oberhemden, 4 weiße Hemden, 6 Kinderhemden, 8 Küchenschürzen, 6 Servietten sowie mehr andere Wäsche gestohlen. Das Diebesgut hat einen Wert von ungefähr 600 Zloty. Die Polizei ist mit der Aufsuchung der Diebe beschäftigt.

8 Kreisarzt. Vom 15. Januar ist der neue Kreisarzt Dr. A. Bernabizowski in sein Amt eingeführt worden. Er empfängt jeden Montag, Donnerstag und Sonnabend im Landratsamt zwischen 11 und 12 Uhr.

## Teecabend des Verbandes Deutscher Angestellter

Die Teecabende des Angestelltenverbandes sind in Posen kein Novum mehr; sie erfreuen sich bereits weitgehender Beliebtheit und daher auch meist — bisher wenigstens — eines recht guten Besuges. Daß am Sonnabend zum ersten Male die Beteiligung zu wünschen übrig ließ, findet durch das Zusammentreffen mit einer anderen, größeren deutschen Veranstaltung seine Erklärung. Diejenigen jedoch, die der Einladung Folge geleistet hatten, kamen voll auf ihre Rechnung. Nach bereits bewährtem Rezept wurde in äußerst glücklicher Weise das Tanzbein durch Darbietungen ersten und heiteren Genres umkränzt, und deren Gediegenheit, die gar nichts von Vereinsmeierei an sich hatte, gab in Verbindung mit der traulichen Stimmung dem Abend fast den Charakter einer netten Familiengeselligkeit. Angefangen von der durch Herrn Baehr auf dem Harmonium vorgetragenen Lohengrin-Ouvertüre, Offenbachs Barcarole, Mendelssohns Gondellied, bei denen Frau Baehr am Flügel, Herr Baehr am Harmonium ihre künstlerischen Fähigkeiten erneut unter Beweis stellten, zu dem Höhepunkt des Abends, der heiteren musikalischen Szene „Bekannte Größen“, bei der neben den Benannten als nicht minder begabter Partner Herr Witt weber in musikalischer noch in komischer Hinsicht zurücktrat, über den darauffolgenden Militärmarsch von Schubert und ein Porturno von Chopin, wiederum auf Flügel und Harmonium zum Vortrag gebracht, bis zu den Goetheschen „Geschwistern“, die den Abschluß bildeten, war alles, was das Programm brachte, so sorgfältig vorbereitet und sauber ausgeführt, daß die Teilnahme an dem Teecabend wirklich keine verlorene Zeit war. Hoffentlich läßt sich der rührige Verbandsvorstand durch den geringen Besuch nicht entmutigen, denn sicher werden auch die, die am Sonnabend fehlten, bei künftigen Veranstaltungen das Versäumte gern wieder wettmachen.

### Um eines Groschen willen . . .

Aus der Wiedergabe einer Wilnaer Meldung durch das „ABC“ geht hervor, daß ein Wilnaer Gerichtsvollzieher sich dieser Tage in eine weite Vorstadt von Wilna zu einem Herrn Aranowicz begab, um einen Groschen rückständiger Steuer einzuziehen. Bei einem anderen Steuerzahler soll er zwei Groschen eingefordert haben. Wehnliche Fälle will man etwa 100 in Wilna notiert haben. Die Gerichtsvollzieher hätten mehrere Zloty für Verkehrsmittel ausgegeben, um einige Groschen Steuer einzuziehen.

### Wollstein

\* Das Fest der silbernen Hochzeit feierte am Freitag, den 23. 1. das Otto Bedert'sche Ehepaar. Dem Jubelpaar wurden seitens örtlicher Vereine und aus dem großen Freundeskreis vielseitige Ehrungen zuteil.

\* Am Sonntag, dem 25. 1. fand in der evgl. Kirche ein Missionsgottesdienst statt, in welchem Herr Pfarrer Braun aus Berlin die Festpredigt hielt, der er die Worte: „Seid frohlich in Hoffnung, geduldig in Trübsal, haltet an am Gebet“ zu Grunde legte. Herr Pfarrer Braun gab der Hörergemeinde ein lebenswahres Bild über die Freuden und Leiden der Missionsarbeit in Afrika und in den durch unsere Wirren erschütterten Gebieten von China. Den Worten der Predigers folgte ergriffen die Gemeinde. Versöhnt wurde die Feier durch Darbietungen des Bläserchores und durch Gesänge des Kirchenchores. Im Anschluß an den Hauptgottesdienst fand unter Leitung des Herrn Pfarrer Braun ein Kindergottesdienst statt.

### Katwitz

≠ Eröffnung der Molkereigenossenschaft Katowice. Um eine bessere Verwertung der Milch zu erreichen, gründeten vor einem Jahre deutsche Landwirte aus Katowice und Umgegend eine Molkereigenossenschaft. Nach Ankauf eines Gebäudes und entsprechendem Umbau konnte am 23. d. Mts. die Eröffnung erfolgen. Der Vorstand hatte aus diesem Grunde die Mitglieder ins Schützenhaus eingeladen. Welt über 100 Personen leisteten der Einladung Folge. Nach erfolgter Bestätigung der Molkerei begaben sich die Mitglieder ins Schützenhaus zu einer gemeinsamen Kaffeetafel. Der Vorsitzende des Vorstandes der Molkereigenossenschaft, H. Gutschewski, Linke-Podgradowice, begrüßte die Erschienenen, insbes. den Vertreter des Verb., Herrn Heuer. Frau Gräfin Schlieffen, Wlosa, als Vorsitzende des Aufsichtsrates dankte allen denen, welche sich in tatkräftiger Weise für den Bau und die Gründung eingesetzt haben, besonders Herrn Linke, dessen Energie es gelang, allen Schwierigkeiten zu begegnen. Herr Heuer überbrachte die Wünsche des Verbandes und gab der Hoffnung Ausdruck, daß alle Genossen treu zur Molkerei halten werden. Seine weiteren Ausführungen über die gegenwärtige Weltwirtschaftskrise wurden mit großem Beifall aufgenommen. Herr Heuer überbrachte die Glückwünsche der Molkereizentrale und machte interessante statistische Angaben über die Butterproduktion der Welt. Es ist erfreulich, daß sich trotz der schwierigen Lage, in welcher sich unsere Landwirtschaft befindet, der Plan hat verwirklichen lassen.

≠ Am 24. d. Mts. erfolgte die Beisetzung des verstorbenen Propstes Gregor. Der Verstorbene erfreute sich auch unter der deutschen Bevölkerung großer Beliebtheit. Er erreichte ein Alter von 73 Jahren und ist hier geboren. 48 Jahre ist er der Seelsorger der hiesigen Katholiken gewesen.

### Xions

Am Mittwoch, dem 28. Januar, feiert der Bädermeister Friedrich Unger und seine Ehefrau Anna, geb. Kube, das Fest der Silbernen Hochzeit. Gleichzeitig kann Herr Kube auf das 25jährige Bestehen seines Geschäftes zurückblicken.

**ASPIRIN TABLETTEN**  
immer noch unerreichbar  
und bewährt bei  
Kopfschmerzen, allen Erkältungen, Rheumatismus  
Ehrlich in allen Apotheken.

## Das deutsch-polnische Aufwertungsabkommen und die Aufwertung von Versicherungsansprüchen.

Der Deutsche Reichstag hat durch Gesetz vom 17. Juli 1929 das deutsch-polnische Aufwertungsabkommen vom 5. Juli 1928 genehmigt. Da, wie wir berichteten, nun auch Polen zur Ratifizierung des Abkommens schreitet und daher der Zeitpunkt seines Inkrafttretens nicht mehr fern liegen dürfte, seien im folgenden die Grundsätze der Aufwertung von Versicherungsansprüchen dargelegt. Nach Artikel 1 des Abkommens werden die Angehörigen der vertragsschließenden Staaten bei der Anwendung von Aufwertungsvorschriften den Inländern gleichgestellt. Insbesondere sollen auch Barzahlungen vor dem 31. Dezember 1932 erfolgen. Die Anträge sind innerhalb von neun Monaten nach dem Tage des Inkrafttretens des Abkommens durch Vermittlung der polnischen Regierung bei den Versicherungsunternehmen zu stellen! Lediglich Lebensversicherungsansprüche polnischer Staatsbürger, die der Aufwertung nach den deutschen Gesetzen nicht unterliegen, werden von der polnischen Regierung geregelt. Zu diesem Zwecke werden der polnischen Regierung 900 000 Reichsmark und 426 000 Loty als Abfindung entrichtet. (Art. 20 d. Abk.).

Die Bestimmungen der §§ 59 ff. des deutschen Aufwertungsgesetzes und die Artikel 95 ff. der Durchführungsverordnung regeln die Aufwertung von Versicherungsansprüchen. Hierunter sind sämtliche Ansprüche der Versicherten aus Lebensversicherungsverträgen und aus solchen Verträgen zu verstehen, die nach den gesetzlichen Bestimmungen ein Prämienreservefonds i. S. der §§ 56 ff. des Versicherungsaufsichtsgesetzes zu bilden war. Als Lebensversicherung gilt neben der Versicherung auf den Lebens- bzw. Todesfall z. B. die Witwen-, Waisen- und Aussteuerversicherung. (§ 59 Aufw.-Ges.). Die Verträge müssen vor dem 14. Februar 1924 abgeschlossen worden sein und die Zahlung einer bestimmten in Mark oder einer anderen, nicht mehr geltenden inländischen Wäh-

lung ausgedrückten Geldsumme zum Gegenstande haben. Unberührt von dieser Regelung bleiben dagegen Ansprüche aus Haftpflichtversicherungsverträgen mit unbegrenzter Deckung oder auf Lebenszeit. Diese Ansprüche unterliegen ebenso wie die aus Schadenersicherungen (z. B. Feuer-, Einbruchversicherung), den allgemeinen Vorschriften des § 62 Aufw.-Ges.).

Die Aufwertung der Versicherungsansprüche geht in der Weise vor sich, daß das ausgewertete Vermögen des Versicherungsunternehmens einem Treuhänder überwiesen wird. Dieser Aufwertungsstod ist nach einem von der Aufsichtsbehörde genehmigten Plan zugunsten aller Versicherten zu verwenden. Er setzt sich aus den Vermögenswerten zusammen, bei denen eine Aufwertung nach Maßgabe der Bestimmungen des Aufwertungsgesetzes stattfindet. Es kommen also nur Geldforderungen in Frage, die auf Mark oder eine andere nicht mehr geltende inländische Währung lauten. Die relativ geringe Höhe der zur Verfügung stehenden Mittel erklärt sich insbesondere daraus, daß z. B. Grundstücke oder wertbeständige Forderungen nicht zum überwiesenen Vermögen gehören, das durch die erheblichen Verwaltungskosten eine weitere Einbuße erleidet.

Die Berechnung der Aufwertungsbeträge geschieht derart, daß für jede Marktversicherung die Goldmark-Prämienreserve festgestellt und der Aufwertungsstod auf die einzelnen Versicherungen aufgeteilt wird. Ein bestimmter Aufwertungsprozentsatz konnte daher auch nicht festgesetzt werden. Nach den letzten Mitteilungen der Versicherungsunternehmen liegen erhebliche Differenzen zwischen den einzelnen Sägen vor.

Zu beachten ist ferner der Unterschied zwischen fälligen und noch nicht fälligen Ansprüchen. Ist der Versicherungsfall eingetreten, dann wird der Aufwertungsbetrag grundsätzlich in bar ausbezahlt. Mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde

können allerdings Zahlungen bis zum 31. Dezember 1932 abgelehnt werden.

Soweit Versicherungsansprüche noch nicht fällig sind, wird der Gläubiger in der Weise abgefunden, daß für ihn im Teilungsplan ein neues Versicherungsverhältnis vorgesehen ist. Natürlich kommt ein Vertragsverhältnis mit der Verpflichtung zur Leistung von Prämien nur mit Zustimmung des Versicherten zustande. Eine Verweigerung der Zustimmung liegt vor, wenn bereits die erste Zahlung nicht bewirkt worden ist. In diesem Falle ist der Aufwertungsbetrag zur Auszahlung zu bringen, kann jedoch ebenfalls bis zum 31. Dezember 1932 zurückgehalten werden.

Der Artikel 103 der Durchführungsverordnung sieht aber ausdrücklich das Recht des Treuhänders vor, aus dem Aufwertungsstod Vorschüsse zu zahlen. Hierbei sind Bezugsberechtigte in höherem Lebensalter in bevorzugter Weise zu berücksichtigen.

An der Verteilung des Aufwertungsstodes nehmen ferner trotz Bewirkung der Leistung diejenigen Gläubiger teil, die sich entweder ihre Rechte vorbehalten haben, oder aber in der Rückwirkungszeit, d. h. in der Zeit vom 15. Juni 1922

bis 14. Februar 1924 die Leistung angenommen haben.

Von Bedeutung ist letzten Endes die Bestimmung, daß das Verfahren zur Aufwertung von Versicherungsansprüchen der Zuständigkeit der Aufwertungsstellen entzogen ist. Der Aufsichtsbehörde liegt allein die Entscheidung darüber ob, in welcher Höhe die Ansprüche der Versicherten aufzuwerfen sind. Dagegen ist eine Streitigkeit darüber, ob überhaupt ein zur Teilnahme am Verfahren berechtigender Anspruch vorliegt, im Rechtswege auszutragen. Bestreitet z. B. der Treuhänder, daß dem Versicherten ein Aufwertungsanspruch zustehe, dann ist die Erhebung der Feststellungsklage geboten.

Das Aufwertungsabkommen ist in der Zeitschrift für Ostrecht, Jahrgang 1930, Seite 377 ff. (Aprilheft) in Aufsätzen von Dr. Ullmann vom Reichsjustizministerium in Berlin und vom Ministerialrat Dr. Helczynski vom Ministerratspräsidium in Warschau ausführlich behandelt worden. Interessenten seien auf dieses bedeutsame Heft ganz besonders nachdrücklich aufmerksam gemacht.

## Die Novelle zum Aktienrecht.

Von Dr. Udo Wilbradt.

Zu dem vor kurzem in knapper Rahmendarstellung hier behandelten neuen Aktiengesetz vom 22. März 1928 ist im Wege der Verordnung durch den Staatspräsidenten am 3. Dezember 1930 (Dz. Nr. 86, Pof. 664) eine Novelle ergangen, die bereits 14 Tage nach ihrer Verkündung in Kraft getreten ist. Der Erlaß dieser Novelle war notwendig geworden, weil einige Unklarheiten des Gesetzes zu verschiedenen Auslegungen Anlaß gegeben hatten. Hauptsächlich waren es hier die Uebergangsbestimmungen und von dieser besonders der Art. 170, der Verwirrung angerichtet hatte, also Vorschriften, die für schon bestehende und registrierte Gesellschaften von großer Wichtigkeit waren. Nach Art. 170 Abs. 3 hatte die Anpassung an die Vorschriften des neuen Gesetzes im Wege der Satzungsänderung bei Gesellschaften, die vor dem Erlaß des Gesetzes eingetragen waren, bis zum 31. Dezember 1930 zu erfolgen. Aus dem Wortlaut des Gesetzes war nicht ersichtlich, ob mit der Anpassung auch die Anmeldung der geänderten Satzung zum Handelsregister in demselben Zeitraum zu erfolgen habe, und vielfach wurde es verneint, daß auch die Anmeldung zum Handelsregister derselben Zeitbestimmung unterliege. (Vgl. Prof. Benis in Przegl. Prawa Handl. 1930, S. 353 ff.) Nun hatte aber die Bank Polka in einem Rundschreiben v. 14. Juli 1930 das Gesetz dahingehend interpretiert, daß auch die Anmeldung der geänderten Satzung zum Handelsregister bis zum 31. Dezember 1930 zu erfolgen habe, und daran die Bemerkung geknüpft, daß sie von dem Zeitpunkt ab anderslautende Satzungsbestimmungen, soweit sie sich auf die

Stellvertretung und Unterschrift des Vorstandes bezögen, nicht anerkennen und den betreffenden Gesellschaften den Kredit sperren werde. Der Gesetzgeber hat diese Schwierigkeiten durch die Novelle vom 3. Dezember 1930 in der Richtung gelöst, daß er ausdrücklich die Anpassung der Satzung sowie ihre Anmeldung zum Handelsregister denselben Fristen unterworfen hat. Hierbei ist die Anpassungs- und Anmeldefrist bis zum 31. Dezember 1931 verlängert worden, so daß also die alten Satzungsbestimmungen noch ein Jahr bestehen bleiben können. Die Fristen für die obersteinsten Aktiengesellschaften (Anpassung und Anmeldung bis zum 31. Dezember 1938) bleiben unberührt. Die übrigen Bestimmungen der Novelle betreffen die Änderung einiger Artikel dahingehend, daß der Satzung freiere Hand in der Bestimmung von Fristen (Art. 50, Art. 102) ebenso der Stellvertretung des Vorstandes (Art. 82) gelassen wird. Die Unklarheiten des Art. 73 werden durch einen neuen Wortlaut beseitigt, ebenso wird dem Art. 115, Abs. 2, Nr. 4 zum besseren Verständnis ein Satz eingeschoben. Weiterhin erhalten im Interesse des Gläubigerschutzes die Art. 122, Abs. 1 und 122, Abs. 2, Nr. 2 betr. die Herabsetzung des Aktienkapitals eine neue weitergehende Fassung. Alle übrigen Vorschriften des Gesetzes bleiben in ihrer alten Fassung bestehen. In Art. 2 der Novelle werden der Minister für Handel und Gewerbe sowie der Justizminister zur Veröffentlichung des neuen Gesetztextes unter Berücksichtigung der eben angeführten Abänderungen ermächtigt.

## Rechtsspiegel.

### Sonntagsruhe im Geschäftsleben.

Das höchste Gericht in Warschau hat ein sehr wichtiges Urteil in der Frage des Handelsbetriebes am Sonntag gefällt. Es ist dem Geschäftsinhaber nicht verboten, am Sonntag hinter verschlossenen Türen in seinem Geschäft Ware zu ordnen und Listen anzufertigen, auch wenn er Kummer und Positionen einer zweiten Person diktiert.

Dagegen ist es ein am Sonntag verbotenes Handelsgeschäft, Modelle und Warenproben vorzuzeigen, Begahlung für Ware und auch Wechsel entgegenzunehmen oder sich selbst neue Kollektionen vorlegen zu lassen, ganz gleich, ob dies im Laden oder in der anschließenden Wohnung geschieht und unabhängig davon, ob an der Ladentür das Schild „Geschlossen“ hängt oder nicht.

### Eidgere Offenhaltung der Geschäfte.

Die Bamberger Handelskammer hat lehthin zu dem Entwurf Stellung genommen, der die Verordnung des Staatspräsidenten vom 22. 3. 1928 über das Offenhalten der Geschäfte usw. abändern soll. Es wurde beschlossen, für diesen Entwurf Ergänzungen und Abänderungen vorzuschlagen. U. a. sollen die Lebensmittelgeschäfte an allen Werktagen 13 Stunden täglich geöffnet sein dürfen, und von der Arreststrafe für Übertretungen dieser Verordnung sollen die Friseurläden ausgenommen werden.

### Gesetz über den Katenverkauf.

Das Handelsministerium arbeitet augenblicklich an dem Entwurf eines Gesetzes über den Katenhandel. Bisher galten in den einzelnen Teilgebieten noch verschiedene Bestimmungen, an deren Stelle nun ein für ganz Polen einheitliches Gesetz treten soll. Das Gesetz will versuchen, Industrie und Handel dadurch zu beleben, daß es eine größere Anzahl von Katengeschäften ermöglicht, wobei besonderer Wert auf äußerste Sicherheit des Verkäufers und Anpassung an die finanzielle Lage des Konsumenten gelegt wird.

### Geplante Abänderung des Stempelgesetzes.

Polnischen Pressemeldungen zufolge soll dem Sejm demnächst der Entwurf eines neuen Stempelabgabengesetzes vorgelegt werden. Nach dem Entwurf sollen Wechseltransaktionen von der Stempelabgabe frei sein, wenn als Trassat und Akzeptant eine Auslandsbank, als Kreditgeber eine andere juristische Person auftritt, während eine inländische Institution den Wechsel giriert. Durch diese Neuerung sollen Kreditoperationen mit dem Auslande erleichtert werden. Ferner ist eine Herabsetzung der Stempelabgaben auf die Hälfte für den Fall vorgesehen, daß Aktiengesellschaften die Höhe ihres Grundkapitals ändern.

### Erleichterungen bei der Zahlung der Einkommensteuer für 1930.

Das Finanzministerium hat durch ein Rundschreiben an die Finanzämter gewisse Erleichterungen eingeführt, die bei der Zahlung der Einkommensteuer für das vergangene Jahr in Anwendung kommen sollen.

Zunächst sind die Leiter der Finanzämter ermächtigt worden, die Gesamtsteuersumme auf Antrag in mehrere Raten zu zerlegen, und zwar ohne Rücksicht auf ihre Höhe. Von den einzelnen Beträgen dürfen erst vom Tage der Fälligkeit der Raten an Verzugszinsen erhoben werden.

Die Nichtinhabung der zur Zahlung der einzelnen Raten festgesetzten Termine bewirkt, daß die gesamte noch rückständige Summe im ganzen eingezogen wird.

## Die Verlängerung der Alkoholkonzessionen.

Im Zusammenhang mit dem am 31. Dezember des Vorjahres erfolgten Ablauf des Termins für die Prolongierung von früher gekündigten und gegenwärtig im Liquidationszustand befindlichen Konzessionen für den Detailverkauf von Alkoholkontrakten, hat das Finanzministerium alle Finanzkammern mit Ausnahme der Finanzabteilung des Schlesischen Wojewodschaftsamtes ermächtigt, weitere Liquidationsprolongierungen für ein halbes Jahr zu erteilen, d. h. bis zu Ende Juni 1. J. Das Finanzministerium erläutert, daß hinsichtlich jener Detailverkäufer, deren Refus gegen die Entscheidung des Finanzministeriums betreffend die Kündigung bzw. Ablage der Konzessionserteilung schon durch den Obersten Verwaltungsgerichtshof abgewiesen wurde, die Prolongierung der Konzessionen für das neue Halbjahr nur durch die Präsidenten der Finanzkammern, und zwar nur ausnahmsweise in besonders berücksichtigungswerten Fällen erteilt werden kann. Gleichzeitig hat das Finanzministerium die Finanzkammern beauftragt, dem Ministerium bis zum 15. Januar 1931 namentliche Ausweise jener Detailverkäufer zuzusenden, denen eine weitere Prolongierung über den 1. Januar 1931 hinaus abgefragt wurde, bis zum 1. Februar 1931 wiederum namentliche Ausweise jener Verkäufer, denen ausnahmsweise der Liquidationstermin bis zum 30. Juni 1931 verlängert wurde. Im Zusammenhang mit dieser Maßnahme des Finanzministeriums hat das Innenministerium an die Wojewoden ein Rundschreiben gerichtet, in dem darauf hingewiesen wird, daß einige Wojewodschaftsämter, die Gesuche um weitere Erteilung der Liquidationsprolongation abschlägig beschieden, sich nicht immer von den Grundfragen leiten lassen, die aus ihrem Tätigkeitsbereich resultieren, sondern in vielen Fällen noch weiter gehen, wobei sie zur Begründung einer Abweisung verschiedene Umstände anführen, wie z. B. die gute materielle Lage des Petenten, was in erster Linie der Abschätzung der Finanzkammern als den Konzessionsbehörden obliegt. Das Innenministerium beauftragt daher die Wojewoden und Verwaltungsbehörden, daß sie bei Abgabe des Gutachtens zur Frage der Prolongierung von Konzessionen sich strikte an die Vorschriften der Alkoholverordnung halten.

### Aufhebung des Mieterschutzes?

P. Wie wir erfahren, ist im Sejm ein Gesetzesvorhaben eingebracht worden, der die Ablösung des Mieterschutzes durch die Hausbesitzer vorsteht. Die Ablösung der Lasten des Mieterschutzes soll in Form einer besonderen Besteuerung der Hausbesitzer geschehen. Jede Ablösungssumme soll den doppelten Beitrag einer Jahresmiete ausmachen. Sie soll innerhalb von fünf Jahren in zwanzig Vierteljahresraten bezahlt werden und zum Bau von Kleinwohnungen verwandt werden. Fünf Jahre nach Zahlung der Ablösungssumme soll der Mieterschutz erlöschen.

Von Seiten der Antragsteller wird der Reinertrag aller Ablösungssummen mit rund einer Milliarde Loty veranschlagt, die in den Staatlichen Baufonds fließen sollen.

Die Frage des allmählichen Abbaus der bisherigen Mieterschutzbestimmungen ist ja bereits seit Jahren aktuell, aber diesem großzügigen Gesetzesvorhaben muß man doch ein wenig skeptisch gegenüberstehen und wir werden uns daher vorbehalten, zu gelegener Zeit im Handelsteil unserer Zeitung die volkswirtschaftlichen Möglichkeiten dieses Planes zu erörtern.

## Rund um die Gewerbesteuer.

### Wichtige neue Gerichtsentscheidungen.

#### Lager, Unternehmen und Gewerbesteuer.

Das Oberste Verwaltungsgericht erläuterte in Sachen I. K. 112/30 folgendes:

Auf Grund der bestehenden Bestimmungen (Anlage zu Art. 23 des Gewerbesteuergesetzes) hat der Unternehmer, der ein Gewerbepatent für den berufsmäßigen Verkauf ist, das Recht des Weiterverkaufs von inländischen Rohmaterialien und Produkten der Landwirtschaft, Waldbirtschaft, Haustieren usw., sowie das Recht zum Besitz besonderer Lager. Er besitzt jedoch nicht das Recht zur Unterhaltung von Handelsunternehmen. Gemäß Art. 22 des Gewerbesteuergesetzes kann das getrennte Lager lediglich zum Aufbewahren, Trodnen, Säubern, Sortieren usw. verschiedener Waren dienen. Gemäß Artikel 11 dieses Gesetzes wird als getrenntes Handelsunternehmen ein Raum angesehen, in dem

Warenhandel geführt wird. Aus diesen zwei Bestimmungen ist zu ergeben, daß die Durchführung von Handelstransaktionen im Lager, das automatisch in ein Handelsunternehmen umgewandelt wurde, nicht zulässig und aus diesem Grunde statt der Registerkarte des Lagers ein getrenntes Gewerbepatent zu lösen ist.

#### Verarbeitung und Verbrauch.

Im Zusammenhang mit den Bestimmungen des Art. 7, Punkt a) des staatlichen Gewerbesteuergesetzes legte das Oberste Verwaltungsgericht folgende Grundzüge bezüglich der Begriffe Verarbeitung und Verbrauch fest:

1. Jeder Verkauf von Waren durch ein Industrieunternehmen an ein anderes zu Investitionszwecken oder auch zur eigenen Konsumtion, die nicht direkt mit der Produktion des kaufenden Unternehmens verbunden ist, unterliegt nicht dem in Art. 7, Punkt a) vorgesehenen ermäßigten Steuerfuß.

2. Der Verkauf von Waren durch ein Unternehmen als Umfahrmittel an andere Unternehmen (Kohle, Fette, elektrischer Strom usw.) unterliegt diesem ermäßigten Steuerfuß. Bedingung dafür ist, daß bei der Produktion die Substanz der Waren vernichtet wird. Der Verbrauch anderer Produkte erfordert nicht im Sinne des Gesetzes eine Vernichtung der Substanz mit Ausnahme von Gegenständen, die einen einzigen Substanzteil der durch das kaufende Unternehmen hergestellten Produkte darstellt (z. B. Kohle zur Produktion an Gas und Koks).

3. Bezüglich der Hilfsmaterialien, die bei der Industrieproduktion des kaufenden Unternehmens gebraucht werden, erfordert der Verbrauch keine Veränderung der Form oder des Zustandes (z. B. Nägel, Schrauben, Korben, Plomben, Lack usw.).

Diese Grundsätze anwendend, hat das Oberste Verwaltungsgericht anerkannt, daß der erleichterte Steuerfuß keine Anwendung hinsichtlich des Umfahres findet, der aus dem Verkauf von Schrauben und Nieten an Unternehmen, die diese zur Reparatur ihrer eigenen Maschinen verwenden (Grundsatz genannt unter Punkt 1) ergibt wurde. Dagegen fallen unter die Bestimmung des Art. 7, Punkt a) die Umfahre aus dem Schrauben- und Nietenverkauf an Unternehmen, diese zu den durch das Unternehmen produzierten Möbeln, Maschinen usw. verwenden, da bei dieser Produktion die Hilfsmaterialien, Nägel und Schrauben, gebraucht werden (Grundsatz genannt unter Punkt 3).

(Urteil des Obersten Verwaltungsgerichts vom 2. April 1930 I. R. 1637/28.)

#### Die Steuerpflicht der Versicherungsagenten.

Das Oberste Verwaltungsgericht hat in Sachen II 3 R. 94/30 folgendes festgestellt:

Versicherungsagenten, soweit sie Operationen ohne Unterhaltung eines eigenen Büros ausführen, sind vom Standpunkt des Einkommensteuergesetzes zur Industriefategorie zugerechnet. Soweit sie aber Büros unterhalten, können sie dieser Kategorie nicht angehören. Der Begriff des Büros ist in diesem Falle nicht festgesetzt, jedoch durch Analogie mit Spedituren im Sinne der Unterhaltung von Handlungsgehilfen zu verstehen. Solche Versicherungsagenten gehören nun zur Handelskategorie. Im konkreten Falle, wo festgestellt wurde, daß der Versicherungsagent — der die Agentur mehrerer Gesellschaften führte — einen Gehilfen beschäftigt, der im Speisezimmer in der Wohnung des Agenten arbeitete, ist anzunehmen, daß dieser Agent die Pflicht zur Lösung eines Gewerbepatentes, vorgesehen für Versicherungsgesellschaften, hatte.

#### Einkommensteuer und Repräsentationszuschüsse für Privatangestellte

Bedingung zur Befreiung von der Einkommensteuer auf Grund des § 40, Punkt 2 bzw. 3 der Verordnung vom 14. Mai 1921 (Pof. 298 des Dz. U. R. P.) aller Entschädigungen für Dienstreisen (Dienstausgaben) ist die Beweisleistung, daß diese Entschädigung von vornherein zur Deckung dieser Kosten bestimmt war.

(Urteil des Obersten Verwaltungsgerichts vom 6. Oktober 1930 I. R. 1821/28.)

# Die Lage der polnischen Kunstseidenindustrie

## im Rahmen der internationalen Kunstseidenwirtschaft.

Die Herstellung von künstlicher Seide war bereits in den 90er Jahren des vorigen Jahrhunderts bekannt. Graf Hilary de Chardonnet legte im Jahre 1884 der Académie Française seine Methode der Anfertigung von Kunstseide auf chemischem Wege vor. Diese Methode fand bis zum Kriege fast in allen europäischen und aussereuropäischen Staaten, die zur Produktion von Kunstseide übergingen, Aufnahme. Kriegs- und Nachkriegsverhältnisse trugen dazu bei, dass sich in einem relativ kurzen Abschnitt eine ausserordentliche Produktionssteigerung an Kunstseide entwickelte. Die stark geschwächte Kaufkraft Europas drosselte die Seidenzufuhr aus den ostasiatischen Ländern. Andererseits lenkte die infolge des Mangels an Baumwolle eintretende Verteuerung des hauptsächlichsten Textilrohstoffes unmittelbar nach dem Kriege den Konsum auf billige Kunstseide ab.

Ermöglicht wurde die rasche Entwicklung der Herstellung von Kunstseide nach dem Kriege dadurch, dass fast alle Länder über eine umfangreiche Rohstoffbasis verfügen. Die Unübersichtlichkeit des Bedarfs, der Stoffungern unmittelfach nach dem Kriege, die grosse Gewinnmöglichkeit brachten es mit sich, dass Kapitalisten ohne genügende Sach- und Fachkenntnis zwecks Herstellung von Kunstseide zur Gründung von grösseren Unternehmungen übergingen. In Ländern mit schlechter Währung wurde dieser Prozess durch den Drang nach Sachwerten besonders begünstigt. Aber nicht nur die neuen, nach dem Weltkriege in Europa begründeten souveränen Staaten streben in der Befolgung ihrer merkantilistischen Wirtschaftspolitik, die in der Selbstbedarfsdeckung gipfelt, zur Anlage neuer Industrien, darunter auch der Kunstseidenindustrie, sondern auch die alten Produktionsländer der natürlichen Seide, Japan und China, nahmen die Herstellung von Kunstseide in besonders grossem Umfange in Angriff. Hierauf ist der rasche Aufschwung der Produktion von Kunstseide zurückzuführen.

Die Weltproduktion an Kunstseide stieg von 1913 bis 1929 von 11 Millionen auf 175,1 Mill. kg. In derselben Zeitspanne wuchs die Produktion in Deutschland von 3,5 auf 23,8 Millionen, in Frankreich von 0,1 auf 18,5 Millionen, in Grossbritannien von 0,3 auf 22,8 Millionen. Die grösste Produktionssteigerung weisen Italien (von 0,1 auf 26,5) und die Vereinigten Staaten von Amerika (von 0,7 auf 44,1 Millionen) auf. Die ohne Rücksicht auf Bedarf und Marktverhältnisse überdimensionierte Produktion führte alsbald zu Ueberproduktion und Schleuderpreisen, zur Popularisierung und Demokratisierung der Kunstseide. Eine Konsolidierung der Verhältnisse hätte nur durch eine straffe Rationalisierung, durch Konzentration und Restriktionen der Produktion erfolgen können. Der Zusammenschluss der Betriebe unter Stilllegung der unrentablen Unternehmungen und die Anpassung der Produktion an den bestehenden Bedarf wurde aber durch die Entstehung immer neuer Methoden und Produktionsverfahren verhindert, welche die Herstellung billiger aber qualitativ gleichwertiger Seiden ermöglichten (Kaufmann Brandwood-Verfahren). In den letzten Jahren machte sich besonders die Konkurrenz der bedeutend billigeren Acetatseide unliebsam bemerkbar. Der Kampf mit den Aussenseitern stand der allgemeinen Verständigung entgegen.

Obwohl auf diese Weise die Konsolidierung der Verhältnisse innerhalb der einzelnen Staaten nur geringe Fortschritte machte, fand andererseits doch eine weitgehende internationale Verständigung, sowohl auf finanziellem, wie auf technischem und kaufmännischem Gebiet statt. Die protektionistische Wirtschaftspolitik der meisten Staaten veranlasste die Mehrzahl der europäischen Kunstseidenproduzenten, zur Ausnutzung des gesicherten und grossen Absatzmarktes in den Vereinigten Staaten von Amerika eigene Unternehmungen zu errichten. In dem gemeinsamen Interesse an diesem grossen Absatzfeld findet die weitgehende internationale Verflechtung der Kunstseidenindustrie, die kaum in einem anderen Wirtschaftszweige so weit reicht, ihre Erklärung. Die Grenzen dieser internationalen Konzentration sind sehr schwer zu erfassen, Publizitätsverschleierungen aus steuerlichen und finanziellen Gründen, Kapitalverwässerungen und dergleichen, erschweren den Ueberblick.

Zu Anfang 1927 kam eine Verständigung der massgebenden deutschen und italienischen Kunstseidenfirmen zustande. Der Vertrag zwischen den Vereinigten Glanzstoffabriken, der englischen Courtaulds Ltd. und der italienischen Sia Viscosa sah eine Arbeitsgemeinschaft auf technischem und kommerziellem Gebiet vor. Es handelt sich in erster Linie um eine Preiskonvention. Bereits im Jahre 1927 bildete die Glanzstoff-Courtaulds-Sia-Gruppe den Kern der Weltorganisation. In demselben Jahre erwarb die Courtaulds Ltd. ein grosses Paket Aktien der „Société Lyonnaise“, eines der grössten Werke der neugegründeten „Union des Producteurs de la Soie Artificielle de France“. Fernerhin wurden zur selben Zeit mit den bedeutendsten tschechischen und japanischen Kunstseidenfabriken Abkommen getätigt. Ende 1928 wurde unter der Führung der Vereinigten Glanzstoffabriken der „Associated Rayon Corporation“ in Maryland in U. S. A. als Holding- oder Emissionsgesellschaft mit einem Kapital in der Höhe von 40 Millionen Dollar ins Leben gerufen. Durch die Einbringung eigener Aktien beteiligten sich an der „Associated Rayon“ auch andere bedeutende europäische Unternehmen. Die internationale Zusammenarbeit in kaufmännischer und technischer Beziehung wurde noch wesentlich durch den im Jahre 1929 entstandenen deutsch-holländischen Trust vertieft. Es ist klar, dass auch bei dem Bestehen weitgehender Verflechtungen eine Preisstabilisierung und Konsolidierung der Verhältnisse nur dann eintreten kann, wenn der internationalen eine nationale Verständigung folgt. Bis in die jüngste Zeit ist

eine solche Zusammenarbeit der Kunstseidenproduzenten aber in den einzelnen Staaten nicht zustande gekommen.

Die Verhältnisse bei uns liegen insofern einfacher, als hier nur 2-3 Fabriken vorhanden sind, die in erster Linie für die Deckung des inländischen Bedarfs arbeiten. Die sich in den letzten Jahren entwickelnde Ausfuhr von Kunstseide, sowie der wachsende Import hochwertiger Kunstseidegattungen zwingen auch Polen neuerdings, der Entwicklung der Kunstseidenindustrie auf den internationalen Märkten mehr Beachtung zu schenken.

Die Herstellung künstlicher Seide auf chemischem Wege war bereits vor dem Kriege im Kongresspolen bekannt. Im Jahre 1910 wurde in Tomaszow Mazowiecki eine Fabrik errichtet, deren Produktion sich im Jahre 1913 auf annähernd 900 kg täglich bezifferte. Die Produktion der im Jahre 1928 vorhandenen zwei Fa-

briken in Tomaszow und Myszkow betrug damals 1400 kg täglich. Die jährliche Gesamtproduktion Polens wuchs in der Zeit von 1920 bis 1929 von 12 200 kg auf 3 600 000 kg an. Die Ausfuhr bezifferte sich im Jahre 1927 auf 210 000 kg, ihr stand ein Import von 395 000 kg im Jahre 1927 und von 450 000 kg im ersten Halbjahr 1928 gegenüber.

Die Regierung versuchte, durch Erhöhung der Einfuhrzölle die Einfuhr fremder Kunstseide möglichst einzuschränken. Auch durch tarifliche und steuerliche Erleichterungen, insbesondere durch den billigen Verkauf von Spiritus, versuchten die massgebenden Regierungskreise, die Kunstseidenindustrie zu stützen und zu fördern. Sie können jedoch nicht hindern, dass der Import nach Polen noch immer eine steigende Bewegung aufweist. Die gestiegenen Importe vom Jahre 1926 zu 1927 sind auf den Zollkrieg mit Deutschland zurückzuführen, das die Einfuhr polnischer Kunstseide nach Deutschland verbot. Die inländischen Kaufleute, die eine entsprechende Massnahme gegen die deutsche Kunstseide von seiten der polnischen Regierung als Repressalie erwarteten, suchten sich für längere Zeit mit deutscher Kunstseide einzudecken. Erst im Jahre 1928 aber wurden die polnischen Einfuhrzölle verdreifacht, und zwar nur denjenigen Ländern gegenüber, mit denen keine Handelsverträge abgeschlossen sind.

## Senkung der Kunstdüngerpreise.

Wie bereits berichtet, ist auch eine Aktion in der Richtung einer Herabsetzung der Kunstdüngerpreise geplant. Im Zusammenhang damit fand in den letzten Tagen im Landwirtschaftsministerium eine Tagung des Kunstdüngerkomitees statt, wobei gerade dieser Frage Gegenstand der Beratungen bildete. Das Komitee erachtet die Frage der Preissenkung als ausserordentlich wichtig für die Volkswirtschaft, insbesondere für die Landwirtschaft. Allerdings erklärten die Vertreter der Kunstdüngerindustrie, dass eine Preissenkungssaktion für Kunstdünger ohne Hilfe des Staates unmöglich erscheine. Die Vertreter des Finanzministeriums gaben im Namen der Ministerien für Landwirtschaft, Finanzen sowie Handel und Industrie die Erklärung ab, dass die Regierung, um ihr Programm einer Beseitigung der Spannwerte in den Preisen zwischen landwirtschaftlichen und industriellen Erzeugnissen zu realisieren, sich entschlossen habe, gewisse Bonifikationen aus Staatsmitteln einzuführen. Dank dieser Bonifikationen sollen die Preise für Kunstdünger, die gegenwärtig von den Landwirten bezahlt werden, bis zum Mai 1. J. um 19 Prozent für Salpeter, 20 Prozent für Nitrophos und 11 Prozent für Azotmik herabgesetzt werden.

Infolgedessen werden die gegenwärtig von den Landwirten zu zahlenden Preise für Kunstdünger bis zum 1. Mai betragen:

für 1 kg% Stickstoff im Kalkstickstoff	zi 1,70
für 100 kg Nitros	zi 29,60
für 100 kg Salpétrak	zi 29,60
für 100 kg Wapnamon	zi 29,60
für 100 kg Natronsalpéter — die jeweilig zollfreie Auslandsnotierung.	

für 100 kg inländischen Kalksalpéter — wird der Preis festgesetzt gegen Ende Januar nach Inbetriebsetzung der inländischen Produktion — jedenfalls wird der Preis nicht höher sein als der Preis des zollfreien ausländischen Kalksalpeters.

für 100 kg schwefels. Ammoniak — soll eventuell später ein neuer Preis entschieden werden.

Die Einräumung dieser Begünstigungen ist jedoch gleichzeitig verknüpft mit der Entschliessung der Regierung, zollfreie Einfuhrbewilligungen für ausländischen Kunstdünger nicht mehr zu gewähren.

## Auch Holland senkt den Diskont

### von 3 auf 2½ Prozent.

Die Niederländische Bank, Amsterdam, hat ihren Diskontsatz von 3 auf 2½ Prozent herabgesetzt.

Unmittelbar nach der Diskontsenkung in der Schweiz, die damit ebenso wie New York und Paris mit der offiziellen Bankrate auf 2 Prozent hält, schaltet sich nun auch die holländische Zentralnotenbank mit der Ermässigung ihres Diskontsatzes in die neu in Bewegung gekommene Welle internationaler Ratenenkungen ein. Der holländische Banksatz, der seit dem Spätherbst des vorigen Jahres in Höhe von 3 Prozent bestand und gestern um ½ Prozent ermässigt wurde, ist infolge der nach dem Jahresultimo auch auf dem holländischen Geldmarkt sichtbar gewordenen starken Geldflüssigkeit seit Wochen schon nicht mehr „effektiv“ gewesen, und auch die Senkung um ½ Prozent bringt die holländische Notenbank noch nicht in Fühlung mit dem offenen Geldmarkt, wo der Privatskontsatz ungefähr bei 1½ liegt und tägliches Geld rund 1%

notiert. Es scheint deshalb nicht ausgeschlossen, dass die holländische Notenbank in Folge zu einer weiteren Anpassung ihres Satzes an den derzeitigen Weltmarkt von 2 Prozent schreitet, wenn nicht die unsichere Lage des Londoner Geldmarktes ihr vielleicht für die nächste Zeit noch eine gewisse Reserve auferlegt.

Selbstverständlich ist auch die Amsterdamer Ratenenkung nur Ausdruck der aus der Depression in der Weltwirtschaft erwachsenen abnormen Flüssigkeit der Geldmärkte, die sich um so stärker akzentuiert, je länger die Abneigung und die Mutlosigkeit in der Welt zu langfristigen Kapitalinvestitionen anhält. Es ist anzunehmen, dass auch bei der holländischen Diskontsenkung, trotzdem sie in der Hauptsache eine teilweise Anpassung der offiziellen holländischen Bankrate an die Sätze des offenen Geldmarktes darstellt, der Gedanke mitsprochen hat, der Wirtschaft eine wenn auch nur psychologisch zu wertende Ermunterungsspielle zu geben.

## Silber-Sorgen.

### Der gefallene Silberpreis. — Indiens Silberverkäufe. — China soll eine Anleihe aufnehmen. — Um ein Silberstützungs-Syndikat.

Innerhalb des Jahres 1930 ist der Silberpreis um mehr als ein Drittel gefallen. Der weitere Sturz, der im Laufe der letzten zwei Wochen eingetreten ist, hat begrifflicherweise eine äusserst grosse Bestürzung hervorgerufen. Vor etwa acht Tagen hatte der Preis mit 13<sup>1/16</sup> d (gegenüber 21<sup>1/16</sup> d pro Unze vor einem Jahre) einen neuen Rekordtiefstand erreicht, und heute liegt die Notiz nur um <sup>1/16</sup> d höher. Diesem Abgleiten der Preise entspricht ein Rückgang des Hongkong-Dollars auf etwa 11¼ d. Die ungeheuren Gefahren, die infolge dieser weiteren Entwertung wirtschaftlich und politisch den Silberwährungsländern Asiens sowie überhaupt dem internationalen Handel drohen, sind immer deutlicher geworden und haben den Gedanken an eine Valorisierung des Silberpreises der ja schon seit geraumer Zeit akut ist, noch weiter in den Vordergrund gerückt. Die eigentlichen Gründe für den Preisverfall liegen schon Jahre zurück. Nachdem 1914 bis 1920 sich der Silberpreis infolge des Krieges etwa verdoppelt hatte, machten sich die ersten Ansätze einer Reaktion mit der eingeleiteten Demonetisierung des Silbers in wichtigen europäischen Ländern geltend, und der erste Schlag, der dem Silbermarkt versetzt wurde, ging von England aus, als nämlich dieser Staat den Feingehalt von Silber für Scheidemünzen von 925/1000 auf 800/1000 herabsetzte. Allein dieser Beschluss der englischen Regierung hat seit 1921 etwa 70 Millionen Unzen auf den Markt geworfen. Andere europäische Länder folgten diesem englischen Beispiel und erhöhten damit die verfügbaren Vorräte. Während der letzten drei Jahre dürften sich die Verkäufe aus demonetisiertem Silber auf insgesamt 175 Mill. Unzen belaufen haben, und heute verfügen eigentlich nur noch Indien, Spanien und Persien über besonders grosse Vorräte überschüssigen Silbers. Eine Zeitlang blieben noch China und Indien verhältnismässig aufnahmefähig, so dass wenigstens das Abgleiten der Silberpreise in ruhigeren Bahnen verlief.

Die Krise erreichte erst einen Höhepunkt, als besonders während der letzten zwei Jahre die indische Regierung mit grossen Silberverkäufen hervortrat. Aber obwohl seit 1926, in welchem Jahre der indische Währungsausschuss den Verkauf des für Münzwecke nicht notwendigen Silbers in einem Zeitraum von 10 Jahren empfahl, von den damals etwa 300 Mill. Unzen betragenden Regierungsbeständen 100 Mill. Unzen verkauft worden sind, sind die Bestände bis auf 445 Mill. Unzen angeschwollen. Denn infolge der wachsenden Wirtschaftsdpression ist ein sehr grosser Teil von Silberunzen aus der Zirkulation zurückgewandert. Gleichzeitig sind auch die chinesischen Vorräte gewaltig gestiegen. Obwohl China im vergangenen Jahre mit 135 Mill. Unzen etwas weniger als 1929 aufgenommen hat, haben sich die Silberbestände in Schanghai von 85,5 Mill. Taels in Sycee auf 92,65 Mill. und in Dollars von 126 auf 153 Mill. erhöht. Demgegenüber ist nur ein Rückgang der An-

zahl Silberbarren von 7620 auf 3100 eingetreten.

Die Silberweltproduktion ist bis 1929 dauernd angewachsen und hatte in jenem Jahre eine Rekordhöhe von 261,7 Mill. Unzen zu verzeichnen. Berücksichtigt man diese Rekordhöhe, so ist im letzten Jahre die Weiterzeugung mit etwa 240 Mill. Unzen nur verhältnismässig wenig zurückgegangen. Als Nebenprodukt von Kupfer, Blei und Zink ist ja die Entwicklung der Silberzeugung von derjenigen der drei anderen Metalle im wesentlichen abhängig, und von diesen hat im letzten Jahre eigentlich nur die Kupferproduktion einen stärkeren Rückgang erfahren. Nur in Mexiko wird teilweise Silber allein ausgebeutet. Aber auch dort ist trotz des starken Preissturzes kaum eine nennenswerte Verminderung der Produktion erfolgt.

Allein der Umstand, dass Silber in der Hauptsache als Nebenprodukt gewonnen wird, macht es so gut wie unmöglich, an die Lösung des Preisproblems von der Produktionseite aus heranzugehen. Ausserdem würde ja eine Regulierung durch die schon bestehenden riesigen Vorräte empfindlich gestört werden. Die Silbermünzbestände in Indien, China, den Vereinigten Staaten und Europa würden den gegenwärtigen Weltkonsum für mindestens zwei Jahre decken. Und nicht zuletzt erschwert ja die gewaltige unsichtbare Silberhortung in Asien eine statistische Erfassung des Marktes und infolgedessen auch eine Kontrolle von der Erzeugungseite aus. — Bereits Anfang Februar vorigen Jahres hatte der Völkerbund eine Untersuchung der Silberlage angekündigt, ohne dass bisher eine Stellungnahme von ihm veröffentlicht worden wäre, und kurz vorher waren die ersten Ideen über die Zusammenrufung einer internationalen Silberkonferenz aufgetaucht. Man dachte vor allem an eine Valorisierung zum mindesten eines Teiles der Vorräte mit Hilfe englischen und amerikanischen Kapitals. Aber abgesehen von den riesigen Kapitalen, die hierzu notwendig wären, wird auch der Erfolg einer derartigen Politik durch die grossen Silber Spekulationen — besonders in Indien und China — in Frage gestellt. Wenn trotzdem der Valorisierungsgedanke noch nicht aufgegeben ist, so haben sich doch die Vorschläge zu einer Stützung des Silberpreises zunächst auf zwei andere Möglichkeiten konzentriert. Erstens wird immer dringender verlangt, dass die indische Regierung zunächst ihre Silberverkäufe unterbricht oder zum mindesten ihre Verkaufspolitik klarer darlegt. Man hoffte, dass sie einen bestimmten Mindestpreis bekanntgeben würde, unter welchem sie keine Verkäufe mehr vornehmen würde. Aber inzwischen ist einer derartigen Absicht, wenn sie überhaupt bestanden hat, das weitere katastrophale Abgleiten der Silberpreise zuvorgekommen. Der andere Weg zu einer Stützung der Preise geht darauf hinaus, die Nachfrage nach Silber irgendwie anzuregen. Hierbei spielen vor allem die Gedanken, den Silberverbrauch zu Währungszwecken wieder zu steigern, eine grosse Rolle. Noch sind die amerikanischen Pläne über eine grosse Sil-

beranleihe an China zu undeutlich, als dass man sich über sie schon ein endgültiges Bild machen könnte. Angeblich soll China ein langfristiger Kredit von 250 Mill. Dollar in Form amerikanischer Silber-Scheidemünzen eingeräumt werden, die dann in chinesische Scheidemünzen umzuwandeln sind. Zweck der Anleihe wäre nach Ansicht der Amerikaner eine Hebung der chinesischen Kaufkraft, die den Importen aus der übrigen Welt zugute kommen würde. Es ist aber eigentlich ganz eindeutig, wie sehr dieser Plan allein auf dem „formellen Wunsch“ der Amerikaner aufgebaut ist, einen Abfluss für ihre überschüssigen Silbervorräte zu finden. Ausserdem scheint man auf amerikanischer Seite zu übersehen, wie stark die inflationistischen Wirkungen einer solchen Anleihe angesichts der schon so gewaltigen asiatischen Silberbestände für China sein müssen. Der Kredit könnte sogar insoweit einen ganz unbeabsichtigten Einfluss haben, als infolge inflationistischer Wirkungen, nur Anregung für eine Ausgestaltung der industriellen Aktivität Chinas gegeben wird (die bisherige Entwertung der chinesischen Währung hat bereits deutlich zu einer derartigen Entwicklung geführt). Ueberdies würde die Anleihe den etwaigen Absichten der indischen Regierung, ihre Silberverkäufe zu regulieren, zuvorkommen; was natürlich einer so sehr erstrebt englisch-amerikanischen Zusammenarbeit auf dem Silbermarkte alles andere als zuträglich wäre. — Wie wenig im übrigen auch der chinesischen Regierung an den amerikanischen Plänen gelegen ist, ist zuletzt nur zu deutlich zum Ausdruck gekommen. Nicht Silberanleihe, sondern Uebergang zum Goldstandard und finanzielle Hilfe auf Goldbasis erscheint den Chinesen der beste Ausweg aus einer Lage, die sich sonst der Katastrophe immer mehr nähern würde.

(Fortsetzung folgt.)

## Bilanz und Gewinnverteilung der Bank Polski für 1930.

In der letzten Sitzung des Rates der Bank Polski wurde nachstehende Verteilung des Gewinnes, der 33 153 522 zł betragt, beschlossen, auf die Dividende 8 Prozent von 150 Mill. zł = 12 Mill. zł, auf die Superdividende 2 Prozent von 150 Mill. zł = 3 Mill. zł, auf eine weitere Superdividende für die I. Emission 5 Prozent von 100 Mill. zł = 5 Mill. zł, für den Staatsschatz 13 003 122 zł und als Uebertrag auf das nächste Jahr 119 860 zł. Die Bilanz der Bank Polski schliesst mit 1 969 677 670 zł ab. Von den wichtigsten Bilanzpositionen wären anzuführen Gold im Depot und im Auslande 652 244 244 zł, hiervon im Auslande 77 395 709 zł, deckungsfähige Auslandsdevisen 288 417 449 zł, Wechselportefeuille 272 046 941 zł, nicht deckungsfähige Auslandsdevisen 124 267 596 zł, Scheckguthaben 210 322 436 zł und Banknotenumlaut 1 238 198 040 zł.

## Gründung des Holzexport-syndikats verschoben.

Die Gründung eines polnischen Holzexportsyndikats ist infolge von Meinungsverschiedenheiten zwischen den interessierten Organisationen verschoben worden. Der Studienausschuss beim Generalrat der Holzverbände in Polen hat zwar die von einem Unterausschuss ausgearbeiteten Satzungen für das künftige Syndikat angenommen, den Entwurf eines Syndikatvertrages dagegen abgelehnt. Der Entwurf enthielt einen Rahmenvertrag, der sämtliche Stadien der Syndikatstätigkeit bis zur Verkaufsorganisation einschliesslich umfasste und bei der Mehrheit des Studienausschusses wegen seiner weitgehenden Bindungen Einspruch hervorrief. Es wurde eine Sonderkommission eingesetzt, die einen ungarbeiteten Entwurf eines Rahmenvertrages im Laufe von vier Wochen vorlegen soll.

## Posener Viehmarkt.

Posen, 27. Januar 1931.

Auftrieb: Rinder 115 (darunter: Ochsen —, Bullen —, Kühe 44), Schweine 2841, Kälber 600, Schafe 278, Ziegen —, Ferkel —. Zusammen 3769.

(Notierungen für 100 kg Lebendgewicht loco Viehmarkt Posen mit Handelsunkosten).

### Rinder:

- Ochsen:
- a) vollfleischige, ausgemästete, nicht angespannt..... 90—100
- b) jüngere Mastochsen bis zu 3 Jahren..... 76—84
- c) ältere..... 60—70
- d) mäßig genährte..... 50—66

- Bullen:
- a) vollfleischige, ausgemästete... 76—84
- b) Mastbullen..... 66—74
- c) gut genährte, ältere..... 60—64
- d) mäßig genährte..... 50—56

- Kühe:
- a) vollfleischige, ausgemästete... 90—100
- b) Mastkühe..... 74—86
- c) gut genährte..... 60—70
- d) mäßig genährte..... 40—60

- Färsen:
- a) vollfleischige, ausgemästete... 90—96
- b) Mastfärsen..... 74—84
- c) gut genährte..... 60—70
- d) mäßig genährte..... 50—56

- Jungvieh:
- a) gut genährtes..... 50—56
- b) mäßig genährtes..... 40—48

- Kälber:
- a) beste ausgemästete Kälber... 100—110
- b) Mastkälber..... 84—96
- c) gut genährte..... 72—80
- d) mäßig genährte..... 60—70

### Schafe:

- a) vollfleischige, ausgemästete Lämmer und jüngere Hammel... 134—142
- b) gemästete, ältere Hammel und Mutterschafe..... 114—130
- c) gut genährte..... 70—100
- d) mäßig genährte..... —

### Mastschweine:

- a) vollfleischige, von 120 bis 150 kg Lebendgewicht..... 106—110
- b) vollfleischige von 100 bis 120 kg Lebendgewicht..... 98—104
- c) vollfleischige von 80 bis 100 kg Lebendgewicht..... 90—96
- d) fleischige Schweine von mehr als 80 kg..... 80—88
- e) Sauen und späte Kastrate... 90—100
- f) Bacon-Schweine..... 90—96

Marktverlauf: ruhig.

Vieh und Fleisch. Warschau, 26. Januar. Schweinekotiz L. Lebendgewicht nach der Versicherungskasse für 1 kg: 1,20—1,40 zł. Aufzuchtbar wurden 881 Stück, Rest des Vormarktes 65 Stück. Tendenz: behauptet.

# Handelszeitung des Posener Tageblatts

## Märkte.

Getreide. Posen, 27. Januar. Amtliche Notierungen für 100 kg in Zlot. fr. Station Poznan

Transaktionspreise:

Roggen 15 to	17.75
Roggen 15 to	17.70
Roggen 330 to	17.60
Roggen 105 to	17.50

Richtpreise:

Weizen	21.00-21.75
Mahlgerste	19.50-21.00
Braugerste	25.00-27.00
Hafer	19.25-20.50
Roggenmehl (65%)	28.50
Weizenmehl (65%)	37.50-40.50
Weizenkleie	12.50-13.50
Weizenkleie (dick)	14.50-15.50
Roggenkleie	12.25-13.25
Rübsamen	41.00-43.00
Viktoriaerbsen	27.00-32.00

Gesamttendenz: schwach. Transaktionen zu anderen Bedingungen: Roggen 735 to, Weizen 240 to, Gerste 62 to, Hafer 60 to.

Produktenbericht. Berlin, 26. Januar. Angesichts des morgen hier stattfindenden Saatmarktes war bereits die heutige Produktenbörse stärker besucht. Das Geschäft vermochte sich allerdings nicht nennenswert zu beleben, da das Inlandsangebot von Brotgetreide ziemlich knapp war. Die Nachfrage der Mühlen gestaltete sich, insbesondere am Weizenmarkt, lebhafter, und es wurden für prompte Ware etwa 2 Mark höhere Preise als am Wochenschluss bewilligt. Der Lieferungsmarkt setzte 1.50 Mark höher ein. Auch das Roggenangebot hat sich nicht verstärkt; neben den Reporturen bekundeten auch die anscheinend schwach versorgten Mühlen regere Kauflust zu 1-1.50 Mark festeren Preisen.

Am Lieferungsmarkt betrug die Preissteigerung 1-2 Mark. Weizenmehl war in den Mühlenforderungen teilweise um 50 Pfg. erhöht, trotz besseren Geschäftes waren diese Offerten jedoch zunächst nicht zu placieren. Roggenmehle hatten zu 25 Pfg. höheren Preisen unter Bevorzugung billiger Provinzfabrikate laufenden Absatz an den Konsum. Hafer scheint am Promptmarkt bei ausreichendem Angebot behauptet zu sein. Der Lieferungsmarkt eröffnete auf Deckungen bis 2.50 Mark fester. Gerste stetig, Kauflust besteht nur für Industrieerger.

## Posener Börse.

Industrieaktien.

	27. 1.	26. 1.		27. 1.	26. 1.
Bank Polski	153.00	151.00G	Hartwig C.	—	—
Bk. Kw. Pot.	—	—	H. Kantorowicz	—	—
Bk. Przemysl.	—	—	Herz. Viktor.	—	—
Bk. Zw. Sp. Z.	—	—	Lloyd Bydg.	—	—
F. Bk. Handl.	—	—	Luban	—	—
F. Bk. Ziemi	—	—	Dr. Roman May	—	—
Bk. Stedthagen	—	—	Mlyn Wagrow.	—	—
Arkon	—	—	Mlyn Ziem.	—	—
Browar Grodz.	—	—	Piechcin	—	—
Browar Krot.	—	—	Piotno	—	—
Brzeski-Auto	—	—	P. Sp. Drzewna	—	—
Cegielski H.	—	—	Sp. Stolarzka	—	—
Centr. Rolnik.	—	—	Tri	—	—
Centr. Skler	—	—	Unja	—	—
Cukr. Zdany	—	—	Wytw. Chem.	—	—
Coplans	—	—	Wyr. Cor. Krot.	—	—
Grodz. Elektr.	—	—	Zw. Ctr. Mass.	—	—

Tendenz: behauptet.

## Fest verzinsliche Werte.

Notierungen in %	27. 1.	26. 1.
8 1/2% staatliche Goldanleihe (100 G.-zl.)	46.50	46.50G
5 1/2% Konvertierungsanleihe (100 zl.)	—	—
10 1/2% Eisenbahnanleihe (100 G.-Franken)	90.00	—
6 1/2% Dollaranleihe 1919/20 (100 Dollar)	37.50	—
6 1/2% Pfandbr. der staatl. Agrarb. (100 G.-zl.)	—	—
7 1/2% Wohn.-Oblig. d. St. Posen (100 Schw. Fr.)	—	—
8 1/2% Oblig. d. Stadt Posen (100 G.-zl.) v. J. 1929	—	—
8 1/2% Oblig. d. Stadt Posen (100 G.-zl.) v. J. 1929	—	—
8 1/2% Dollarbriefe der P. Landschaft (1 D.)	—	90.00
4 1/2% Konvertierungsanleihe P. Ldsch. (100 zl.)	—	37.50G
8 1/2% Amortisations-Dollarpfandbriefe	—	—

Notierungen je Stück:

6 1/2% Rogg.-Br. der Pos. Ldsch. (1 D.-Zentner)	16.10	—
3 1/2% Posener Vorkr.-Prov.-Oblig. (1000 Mk.)	—	—
3 1/2% Posener Vorkr.-Prov.-Oblig. (1000 Mk.)	—	—
4 1/2% Posener Vorkr.-Prov.-Oblig. (1000 Mk.)	—	—
3 1/2% u. 4 1/2% Pos. Pr.-Obl. m. p. Stemp. (1000 Mk.)	—	—
5 1/2% Prämien-Dollaranleihe Serie II (5 Dollar)	48.00G	46.00G
4 1/2% Prämien-Investitionsanleihe (100 G.-zl.)	—	90.00
8 1/2% Hypothekbriefe	—	—

Tendenz: behauptet.

## Warschauer Börse.

Warschau, 26. Januar. Im Privathandel wird gezahlt: Dollar 8.9165, Goldrubel 4.75, Tschernowetz 0.38 Dollar.

Amtlich nicht notierte Devisen: Belgien 124.40, Belgrad 15.76, Berlin 212.05, Budapest 155.75, Bukarest 5.30, Danzig 173.15, Helsingfors 22.46%, Spanien 93.35, Holland 358.95, Kairo 4.42, Kopenhagen 238.47, Oslo 238.47, Riga 171.56, Sofia 6.46, Stockholm 238.83, Tallinn 237.21, Italien 46.71%, Montreal 8.90.

## Fest verzinsliche Werte

	26. 1.	24. 1.
5 1/2% Dollarprämien-Anleihe (II. Serie (5 Doll.))	48.00	46.50
5 1/2% Staatl. Konvert.-Anleihe (100 zl.)	48.00	48.00
6 1/2% Dollar-Anleihe 1919/20 (100 Dollar)	68.75	67.00
10 1/2% Eisenbahn-Konvert.-Anleihe (100 zl.)	—	103.00
5 1/2% Eisenbahn-Anleihe (100 G.-Fr.)	—	93.00
4 1/2% Prämien-Investitionsanleihe (100 G.-zl.)	—	92.00
7 1/2% Stabilisierungsanleihe	—	77.00

## Amtliche Devisenkurs.

	26. 1.	26. 1.	24. 1.	24. 1.
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam	—	—	358.13	359.93
Danzig	—	—	—	—
Berlin	211.80	212.40	211.80	212.40
Brüssel	—	—	—	—
Helsingfors	—	—	—	—
London	43.21	43.42	43.21	43.42
New York (Scheck)	8.894	8.934	8.895	8.935
Paris	34.83	35.06	34.88	35.06
Prag	26.34	26.46	26.34	26.47
Rom	—	—	46.60	46.83
Kopenhagen	—	—	—	—
Stockholm	—	—	238.25	239.45
Oslo	—	—	—	—
Bukarest	—	—	—	—
Wien	125.11	125.73	—	—
Zürich	172.19	173.05	172.17	173.03

\*) Ueber London errechnet.  
Tendenz: uneinheitlich.

Zucker. Magdeburg, 24. Januar. (Notierungen in Rm. für 50 kg Weisszucker netto einschließlich Sack): Januar 6.55 Brief, 6.45 Geld, Februar 6.60 bzw. 6.55, März 6.65 bzw. 6.60, April 6.70 bzw. 6.65, Mai 6.80 bzw. 6.75, August 7.20 bzw. 7.15, Oktober 7.40 bzw. 7.35, Dezember 7.55 bzw. 7.50. Tendenz: ruhig.

## Industrieaktien.

	26. 1.	24. 1.		26. 1.	24. 1.
Bank Polski	155.00	153.50	Wegiel	34.00	34.00
Bank Dyskont	—	—	Nafsta	—	—
Bk. Handl. W.	106.00	108.00	Poleksa Nafta	—	—
Bk. Zachodni	70.00	70.00	Nobel-Stand.	—	—
Bk. Zw. Sp. Z.	—	—	Cegielski	—	—
Grodzicki	—	—	Lilpop	—	—
Pols	—	—	Modrzewoj	9.50	8.75
Spies	—	—	Orblin	—	—
Strem	—	—	Northwin	—	—
Elektr. Dabn.	—	—	Ostrowieckie	—	—
Elektrycznośc	—	—	Parowozy	—	—
P. T. Elektr.	—	—	Pociai	—	—
Starachowice	12.00	—	Rohn	—	—
Brown Boveri	—	—	Budski	—	—
Kabel	—	—	Staporkow	—	—
Sila i Swiatlo	—	—	Urus	—	—
Chodorow	—	—	Zieloniewski	—	—
Czerak	—	—	Urus	—	—
Czerak	—	—	Zieloniewski	—	—
Coslawice	—	—	Wiercie	—	—
Michalów	—	—	Borkowski	—	—
Ostrowie	—	—	Br. Jabkow	—	—
W. T. F. Cukro	—	—	Syndyk	—	—
Firley	—	—	Haberbusch	101.00	—
Lazy	—	—	Herbata	—	—
Wysoka	—	—	Spirytus	—	—
Sole Potasowe	—	—	Zegluga	—	—
Drzewo	—	—	Majewski	—	—
			Kijewski	—	—
			Mirkow	—	—

Tendenz: lester.

## Danziger Börse.

Danzig, 26. Januar. Reichsmarknoten 122.46, Zlotynoten 57.74, London 25.00%, Dollarnoten 5.15%. Am Devisenmarkt war das Pfund heute mit 25.00% für Scheck London notiert, Reichsmarknoten 122.46, Auszahlung Berlin 122.46, Dollarnoten 5.1486-1589, Zlotynoten 57.68-80, Auszahlung Warschau 57.67-79.

## Berliner Börse.

Börsenstimmungsbild. Berlin, 27. Januar. (R.) Bei geringen Umsätzen zeigte die ersten Notierungen der heutigen Börse keine einheitliche Tendenz. Während Elektro- und Schiffsaktien festere Veranlassung hatten, büsstes Papiere wie Ilse, Rhein, Braunkohlen, Polyphon, Westergeln und Ostwerke bis zu 4 Prozent ein. Es kam an verschiedenen Märkten noch Ware aus der Prämienklärung heraus. Am Geldmarkt blieben die Sätze unverändert, Tagesgeld 4-6 Prozent, vereinzelt 3 1/2 Prozent. Reichsschuld-buchforderungen ca. 1/2 Prozent schwächer. Anleihen abbrockelnd, Ausländer ruhig. Nach den ersten Kursen weiter eher nachgebend.

## Industrieaktien.

Anfangskurse 12 Uhr mittags.

	27. 1.	26. 1.		27. 1.	26. 1.
Accumulator	—	—	Laurahütte	24.50	25.00
Adlerwerke	—	—	Lorens	—	—
Aschaffenburger	—	—	Mtor. Deuts	—	—
Bomburg	44.00	45.00	Nord. Walle	36.75	—
Berg. Tiefb.	189.25	198.00	Pösg. Eitr.-W.	—	—
Dt. Kesselw.	46.00	—	Riesd	—	—
Dt. Welle	—	—	Sachsenwerke	—	—
Dt. Eisenb.	33.62	36.00	Saratti	—	—
Feldmühle	94.00	95.50	Schl. Bpb. a. Zk.	27.25	26.50
Körting, Gebr.	—	—	Schl. Icaati	—	—
Hohenlohe	—	—	Scnan. u. Sals.	109.25	113.00
Hannoldt	—	—	Stalib. Zink	—	—
Launeyer	—	—			

Tendenz: unregelmässig.

Ostdevisen. Berlin, 26. Januar. Auszahlung Warschau 47.025-47.225 (100 Rm. = 211.715-212.65); grosse polnische Noten 46.925-47.325.

## Terminpapiere.

Anfangskurse 12 Uhr mittags.

	27. 1.	26. 1.		27. 1.	26. 1.
Dt. R.-Bahn	83.50	83.75	Ges. f. e. Unt.	91.50	93.50
A.G.f. Verkehr	44.87	46.00	Goldschmidt	32.00	—
Hamb. Amer.	58.50	59.37	Hbg. Elkt. W.	102.50	102.50
Hamb. Süd.	121.00	—	Harpen. Bgw.	—	—
Hansa	57.75	—	Hoesch	55.12	57.12
Nordd. Lloyd	58.62	60.12	Holzmann	68.00	70.00
Al. Dt. Kr. Anta.	97.50	97.75	Hue Bergbau	154.50	160.50
Barnier Bank	100.75	101.25	Kali Ansh.	118.00	125.50
Berl. Hls. Ges.	116.50	117.60	Klöcknerw.	59.75	61.75
Com. u. Pr. Bk.	108.50	109.75	Köln. Neuss.	56.12	58.75
Darmst. Bank	138.00	141.00	Mannesmann	56.12	58.75
Deutsch. Bank	108.25	109.00	Mansf. Bergb.	28.00	31.00
Disc.-Ges.	—	—	Metallwaren	65.00	—
Dresdner Bank	108.25	109.75	Nat. Auto-Fb.	—	—
Mtdtsch. K. Bk.	—	—	Obschl. Eis.-Bd	35.00	38.00
Budorus	—	—	Orebst. Koksw.	60.62	62.00
Reichsbk. Neu-	—	—	Orebst. u. Kop.	39.00	—
Schulth. Pats.	143.50	146.00	Ostwerke	122.00	—
A. E. G.	89.50	90.50	Phönix Bgbau	50.00	51.25
Bergmann	—	—	Rh. Braunkoh.	141.50	147.00
Berl. Masch.-F.	28.70	—	Rh. Elkt. W.	—	—
Budorus	—	—	Rh. Stahlw.	—	—
Cap. B. u. Am.	252.25	256.00	Rh. Stahlw.	59.75	62.50
Charl. Wasser	77.00	78.30	Riebeck	—	—
Conti Catch.	69.00	70.30	Rütgerswerke	40.77	43.00
Daimler-Benz	100.00	100.00	Salsolafurth	181.00	189.00
Deussauer Was.	58.75	60.75	Schl. Elkt. W.	97.50	102.10
Dr. Erdöl-Ges.	54.50	57.00	Schaack u. Co.	98.75	101.87
Dr. Maschinen	—	—	Siem. u. Halske	146.75	149.00
Dynam. Nobel	—	—	Tietz, Leonb.	96.00	99.00
El. Lief.-Ges.	96.50	98.50	Iranastadt	120.00	121.25
El. Licht u. Kr.	93.50	98.25	Ver. Glasstoff	—	—
Essen. Steink.	—	—	Ver. Stahlw.	53.00	54.75
I. G. Farben	117.25	121.00	Westeregeln	126.50	132.50
Felton u. Guill	9.65	72.25	Zellat. Waldh.	81.25	88.00
Gelsenk. Bgw.	70.25	72.25	Otavi	30.00	31.00

Absl.-Schuld — — — — — 51.20 51.50  
Ablös.-Schuld ohne Auslösungsrecht — — — — — 4.87 —

## Amtliche Devisenkurse.

	26. 1.	26. 1.	24. 1.	24. 1.
	Geld	Brief	Geld	Brief
Buenos Aires	1.277	1.281	1.275	1.279
Bukarest	2.497	2.501	2.428	2.502
Canada	4.194	4.202	4.194	4.202
Japan	2.079	2.083	2.079	2.083
Konstantinopel	—	—	—	—
London	20.406	20.446	20.405	20.445
New York	4.2035	4.2115	4.2035	4.2115
Rio de Janeiro	0.371	0.373	0.370	0.375
Uruguay	2.727	2.733	2.727	2.733
Amsterdam	169.09	169.43	169.09	169.43
Athen	5.415	5.455	5.445	5.455
Brüssel	58.58	58.70	58.59	58.71
Danzig	81.58	81.74	81.58	81.74
Helsingfors	10.575	10.597	10.577	10.597
Italien	22.005	22.045	22.01	22.05
Jugoslawien	7.425	7.439	7.425	7.439
Kopenhagen	112.33	112.55	112.31	112.53
Lissabon	18.81	18.85	18.82	18.86
Oslo	112.32	112.54	112.32	112.54
Paris	16.489	16.509	16.47	16.51
Prag	12.411	12.461	12.44	12.46
Schweiz	81.31	81.47	81.32	81.48
Sofia	3.048	3.054	3.047	3.053
Spanien	4.013	4.011	4.011	4.009
Stockholm	112.48	112.70	112.49	112.71
Tallinn	111.72	111.94	111.73	111.95
Budapest	73.37	73.51	73.37	73.51
Wien	59.09	59.21	59.095	59.215
Kairo	20.92	20.96	20.92	20.96
Reykjavik 100 Kronen	81.95	82.13	81.95	82.13
Riga	80.83	80.99	80.83	80.99
Kaunas (Kowno)	41.96	42.04	41.96	42.04
Warschau	—	—	—	—

Sämtliche Börsen- und Marktnotierungen ohne Gewähr.

## Bleichen

\* Einen gut gelungenen Unterhaltungsabend veranstaltete der Landwirtschaftliche Verein Bieganiak am 17. Januar in der Privat-Säle. Vorangehend hatten die Mitglieder eine Sitzung, die von Herrn Rittergutsbesitzer Wallmann-Bronow geleitet wurde. Einen Vortrag über das Thema: „Die richtige Viehzucht und Fütterung“ hielt Herr Karzel-Polen. Nach einer längeren Aussprache dieses Vortrages ging man zu dem gemütlichen Teil der Unter

Mit den Beilagen:

- Sonntag: Die Welt der Frau. — Kinderland
Dienstag: Illustrierte Sportbeilage.
Mittwoch: Recht und Steuern.
Donnerstag: Unsere Heimat.
Freitag: Aus aller Welt.
Sonabend: Der Kulturspiegel.

Dazu die täglich erscheinende Unterhaltungsbeilage „In freier Stunde“ und die vierzehntägig erscheinende illustrierte Beilage „Die Zeit im Bild“.

begab sich das Königspaar nach dem Banus-Palais. Der König erschien am Fenster, um für die dargebrachten Ovationen zu danken.

Der Königsbesuch bedeutet für Agram ein Nationalfest. Die Stadt ist reich besetzt, Fenster, Balkone und Häuserfronten sind bunt geschmückt. Die Bevölkerung aus der Umgebung hat sich in großer Zahl in Agram eingefunden, um den Festlichkeiten beizuwohnen.

Deutsches Reich. Ecz. Schnee wird 60 Jahre.

Am 4. Februar d. Js. vollendet der bekannnte Reichstagsabgeordnete und frühere Gouverneur, Dr. Heinrich Schnee, das 60. Lebensjahr. Der Arbeitsauschuss Deutscher Verbände, der Bund der Auslandsdeutschen und die Deutsche Kolonial-Gesellschaft veranstalten aus diesem Anlaß ein Frühstück, an dem die führenden Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft teilnehmen werden.

Blutige politische Ausschreitungen in Geesthacht. — 2 Tote, zahlreiche Verletzte.

Hamburg, 27. Januar. (R.) Der Polizeibericht meldet: In Geesthacht sollte gestern Abend in dem Lokal von Peterien eine nationalsozialistische Versammlung abgehalten werden. Es hatten sich etwa 200 Personen eingefunden. Gegen 20 Uhr erhielt die Bergedorfer Polizei eine Mitteilung, nach welcher etwa 100 Kommunisten nach Geesthacht in Anmarsch sein sollten. Die verfügbaren Bergedorfer Polizeibeamten begaben sich sofort nach Geesthacht. Es kam hier sehr bald zu einem schweren Zusammenstoß. Die inzwischen eingetroffenen Kommunisten versuchten, das Versammlungslokal zu stürmen. Die Polizeibeamten wurden mit Steinen und Knütteln angegriffen, auch von einem Lastkraftwagen aus von Kommunisten beschossen. Ein Beamter erlitt einen Beden, ein zweiter Polizist einen Oberschenkelbruch, ein dritter Polizeibeamter wurde durch Schläge erheblich verletzt. Die Beamten erwiderten das Feuer. Hierbei wurden der in Hamburg wohnhaft gewesene 23-jährige Bernhard Geid und der in Bramfeld wohnhaft gewesene 18-jährige Alfons Bentzien getötet. Die verletzten Polizeibeamten und drei Angreifer mußten in ein Krankenhaus gebracht werden. Mit Hilfe der inzwischen aus Hamburg eingetroffenen Ordnungspolizisten wurde die Ruhe wiederhergestellt. Als bald setzten die kriminalistischen Ermittlungen ein. Die Außenwände des Lokals weisen 32 Einschußstellen auf. 19 Personen, fast sämtlich in Altona wohnhaft, wurden festgenommen.



Blick aus Koshalz.

Professor Dr. Polanyi vom Kaiser-Wilhelm-Institut für physikalische Chemie in Berlin hat eine Lampe konstruiert, die mit Koshalz zum Leuchten gebracht wird. Das neue Verfahren besteht in dem Zusammenführen von Chlor und Natrium in Form von Dämpfen in einem luftleeren Raum. Die Lichtausbeute soll ungemein hoch sein.

Die heutige Ausgabe hat 10 Seiten

Verantwortlich für den politischen Teil: Alexander Jursch. Für Handel und Wirtschaft: Erich Loewenthal. Für die Teile aus Stadt und Land und den Beilagen: Erich Jaensch. Für den übrigen redaktionellen Teil und für die Illustrationen: Die Zeit im Bild. Alexander Jursch. Für den Anzeigen- und Reklameteil: Hans Schwarzkopf. Verlag „Posener Tageblatt“ Druck: Concordia Sp. Aka. Gedruckt in Polen, Zwettz, G.

Sitzung des Sejm Der Ministerpräsident erklärt

Die Brester Angelegenheit

Warschau, 27. Januar. Die Sejm-Sitzung begann mit einer einstündigen Verspätung, die durch die vorangehende Senats-Sitzung hervorgerufen wurde. Die Abgeordneten Ostrowski und Starza, beide vom Regierungsbund, legten ihr Abgeordnetengelöbnis ab. Der Abgeordnete Oberst Sociański legte sein Mandat nieder. Den Anfang der Beratung bildete eine Aussprache über die Vertagung der Ausnahmevorschriften über Nationalität, Sprache, Rasse und Religion. Dagegen sprach sich der Abgeordnete Jazwinski (Nat. Klub) aus. Er forderte die Zurückverweisung des Gesetzes an die Rechtskommission, da er der Meinung sei, daß das Gesetz noch unvollständig und unklar wäre. Das eingebrachte Gesetz sei nur eine Wiederholung der Verfassungsvorschriften. Der Abgeordnete Witmer (Christl. Dem.) bemerkte, daß das Gesetz nicht die Einschränkungen der katholischen Kirche und die Privilegien der orthodoxen Kirche aufhebe, wobei er als Beispiel anführte, daß die russische Kirche eine Ehe zwischen zwei Katholiken, die in einer Kirche geschlossen wurde, für ungültig erklären könnte, sofern ein der Eheleute später in die russische Kirche übertritt. Diese Bemerkungen fanden jedoch bei der Mehrzahl keine Anerkennung, und das Projekt wurde in drei Lesungen erledigt. Anschließend begann eine ausgedehnte Diskussion über die sog. Passifizierung Ostgaliziens. Der Abg. Jozylaw Stronski vom Regierungsbund erstattete einen Bericht, der schon aus den vorhergehenden Sitzungen, vor dem Plenum des Sejm und der Budgetkommission, bekannt ist. Er sagte, daß die polnische und ruthenische Bevölkerung ein Zusammenleben gegen den Willen der polnischen Kreise anstrebe. Besonnen sei das Verhalten des Metropoliten Szepcynski und des Bischofs Luska, die diese Aktion nicht verworfen hätten. Am Schluß stellte er den Antrag, der Sejm möge die Anordnungen der Regierungsbehörden auf dem Gebiete der drei Wojewodschaften Lemberg, Tarnopol und Stanislaw als berechtigt und notwendig anerkennen. Er hält es nicht für nötig, eine spezielle Untersuchungskommission vom Sejm aus hinzuschicken, da die Angelegenheit genügend durch die Regierungserklärung und die Arbeiten der Verwaltungskommission geklärt sei.

gendes zu erklären: Die sog. Brester Affäre haben die Parteien nur ausschließlich zu politischer Propaganda ausgenutzt und breitgetreten. Die Sache verhält sich so: Die einzelnen Tatsachen wurden der hohen Kammer vor einigen Minuten durch den Bericht der Rechtskommission zur Kenntnis gegeben. Die politische Agitation zwingt mich zu einigen erklärenden Worten, die ich ebenfalls als eine Antwort auf die Interpellation der Herren Gapiński, Szperkowski u. a. vom 16. Dezember 1930 anzusehen bitte. Ich erlaube mir die hohe Kammer daran zu erinnern, was sich vor der Gefangennahme einer gewissen Zahl von ehemaligen Abgeordneten ereignete. Die Oppositionspresse rief während der ganzen Zeit die Bevölkerung zur Verschärfung des Kampfes mit der Regierung auf. Die Kralauer Tagung des Zentrolein, d. h. also der Sozialdemokraten, der Nat. Arbeiterpartei und der Christl. Demokraten, die ihre Arbeiterorganisationen haben, sowie die Wyzwolenie, der Bauernpartei und Piastpartei, die großen Einfluß auf dem Lande haben, rief breite Massen der Stadt- und Landbevölkerung zum Kampfe auf. Diese Parteien erklärten auf zwar sehr geschickte, aber auch nicht weniger deutliche Weise in ihren Resolutionen, sie würden die Verpflichtung nicht anerkennen, die die polnische Regierung mit dem Auslande eingehen. Sie waren dadurch bemüht, das Vertrauen des Auslandes zu allen bisherigen Verbindlichkeiten der Regierung abzuschwächen und wollten das Ausland von neuen Verträgen mit Polen abhalten, wobei sie gleichzeitig die Bevölkerung aufwiegelten, diese Verbindlichkeiten eigenmächtig durch einen Streich zu durchkreuzen. Diese Parteien verbreiteten im Auslande eine unheimlich große schädliche Propaganda. Diese Parteien waren bemüht, eine Intervention fremder Faktoren in unsere Innenangelegenheiten hervorzurufen. Sie wußten ganz genau, daß die Regierung in einem solchen Falle ganz kategorisch und bestimmt alle Proben solcher Art ablehnen würde. Sie glaubten zwar nicht an den Erfolg einer solchen Aktion, aber sie wollten die polnische Regierung in Schwierigkeiten verwickeln. Breft als starke Reaktion seitens der Regierung sei das einzige Mittel gewesen, um dieses Treiben zu erlösen. Slawek erklärte, daß er die Frage der Enttarnung der ehemaligen Abgeordneten prüfe und stellte fest, daß die Disziplin in Breft streng gewesen, die Gefangnisordnung aber in keiner Weise verletzt worden sei. Es sei keine Mißhandlung vorgekommen. Er sprach schließlich die Ansicht aus, daß die Regierung in Zukunft nicht gezwungen sein werde, zu Gewaltmaßnahmen zu greifen.

Sitzung des Senats.

Der gestrige Montag brachte den Zusammentritt beider Parlamente. Es tagten Sejm und Senat. In beiden Kammern stand auf der Tagesordnung die Brester Angelegenheit.

Die Tagung begann mit einer Sitzung der Haushaltskommission, in der zunächst der Abg. Rybarski sprach. Dieser erwähnte eine Angelegenheit über die Auszahlung von Unterstützungen aus dem sozialen Fonds in Oberschlesien, die zunächst lange auf sich warten ließen und dann plötzlich in der Zeit der Wahlen zur Auszahlung gelangten.

Das Gesetz über das Zündholzmonopol und die Zündholzsteuer ist mit den Stimmen des Regierungsbundes und der Stimmen der Oppositionsparteien angenommen worden. Den Standpunkt der Nationaldemokraten vertrat Senator Gapiński.

Daran anschließend beriet der Senat über Breft.

Der Referent Senator Podjedowski (Regierungsbund) beantragte, den Antrag des nationalen Klubs aus formalrechtlichen Gründen abzulehnen. Darauf antwortete Senator Godolewski, der alle Anklagepunkte einer rechtlichen Analyse unterzog und mit der Feststellung endete, daß die Majestät der Republik beleidigt worden sei und Genugtuung erhalten müsse.

Die Stellungnahme der Ukrainer legte der Abgeordnete Baran dar, der erklärte, daß es Sabotageakte gar nicht gegeben hätte. Es wären dies vielmehr alles nur Brandstiftungen der Ukrainer selbst gewesen. Der Abg. Dubois (Sozialdemokrat) erklärte, er halte die Vorwürfe der Ukrainer auf Grund der Brester Tatsachen für wahrscheinlich.

Nach der Pause trat die Kammer zur Berichterstattung der Rechtskommission über die Anträge des nationalen und ukrainischen Klubs in Sachen der Gefangenhaltung der ehemaligen Abgeordneten in Breft zusammen. Der Berichterstatter, Herr Paschalski, erklärte, daß die Mehrzahl der Kommission auf einem formellen Standpunkt gestanden hätte und nicht anders hätte verfahren können. Darauf begründete der Referent den Antrag der Kommission mit denselben Ausführungen, wie er sie in der Sitzung der Rechtskommission des Sejm vorgebracht hatte. Am Schluß erklärte er noch, die Kommission besitze keine Möglichkeit, den objektiven Stand der Brester Ereignisse festzustellen, was wohl auch keiner anderen außerordentlichen Kommission gelingen würde, und daß jedem Gefangenen, um sein Recht zu fordern, der Weg bis zum Obersten Gericht offen stehe. Die Regierung sei von den Vorwürfen, die man den einzelnen Offizieren mache, benachrichtigt und werde darauf antworten. Darauf brachte er den Antrag der Mehrheit der Kommission ein, den Antrag des nationalen Klubs zu verwerfen.

Nach dem Referat entspann sich eine längere Diskussion, in der die Herren Stronski, (Nat. Klub), Niedzialkowski (Soz.), Jachajewicz (Nat. Klub), Szperkowski (Bauernpartei), Pawlak (Nat. Arbeiterpartei) und Jan Wilubski (Regierungspartei) das Wort ergriffen. Darauf ergriff Ministerpräsident Slawek zu folgender Rede das Wort: Hohes Haus! Ich habe die Ehre, Ihnen fol-

Die letzten Telegramme.

Der memelländische Landtag.

Memel, 27. Januar. (R.) Der memelländische Landtag sprach gestern dem neuen Landesdirektorium das Vertrauen aus. In der Regierungserklärung wurde betont, daß alles versucht werden müsse, um die Steuerkrabe im Memelgebiet zu lockern. Dies werde möglich sein, wenn der dem Memelgebiet nach dem Statut zuzehörende Finanzanteil festgelegt sei. Es sei selbstverständlich, daß das Memelgebiet als autonomer Teil des litauischen Staates sowohl Rechte wie Pflichten habe. Man sei bereit, dem Staate zuzuerkennen, was dieser zu fordern berechtigt sei. Das neue Landesdirektorium sei bereit, die im Memelstatut verbrieften Rechte hochzuhalten. Pflicht einer jeden memelländischen Regierung sei es, die in jahrhundertelanger Entwicklung ausgeprägten Eigenart der Memelländer zu erhalten.

Schiffsunglück.

Baleucia, 27. Januar. (R.) An der spanischen Ostküste ereignete sich ein schweres Schiffsunglück. Ein spanischer Frachtdampfer, der im Sturm schwer beschädigt worden war, wurde von zwei Fischdampfern an die Küste geschleppt. Der Frachtdampfer hatte eine große Ladung Karbid an Bord, das sich an einer Laterne entzündete, als das Schiff entladen werden mußte. Es entstand eine

gewaltige Explosion, durch welche die drei Schiffe völlig zerstört wurden. Von der Besatzung wurden 13 Mann getötet und 4 schwer verletzt.

Eisenbahn mit Vollgummireifen.

Paris, 27. Januar. (R.) Auf der französischen Eisenbahn wurden gestern Versuche mit einem Eisenbahnzug gemacht, dessen sämtliche Räder Vollgummireifen trugen. Ein französisches Wertschäftsblatt berichtet, daß diese Versuche über Erwarten gut ausgefallen seien. Die Gummireifen hätten die Stöße stark abgedämpft und außerdem die Fahrgeräusche bis auf ein Mindestmaß herabgesetzt.

Dementi.

Sofia, 27. Januar. (R.) Das bulgarische halbamtliche Nachrichtenbüro bezieht die Meldungen als unzutreffend, wonach die bulgarische Regierung um die Entsendung italienischer Ausbildungsoffiziere für die bulgarische Armee gebeten habe.

Todesurteil.

Konstantinopel, 27. Januar. (R.) In der Türkei wurde gestern das Todesurteil über zehn Führer des kürzlich niedergeschlagenen Aufstandes in der Gegend von Smyrna gefällt. Das türkische Parlament muß dieses Urteil als oberste Instanz noch bestätigen.

Sen. Koczynski (Sozialdem.) erklärte, daß er von den Leiden der Gefangenen nicht in der Mitte derer sprechen wolle, die trotz aller Klagen zur Tagesordnung übergehen. Senator Kobylinski (Christl. Dem.) erklärte, daß er sich hinter den Antrag des nationalen Klubs stelle. Er berührte speziell die Angelegenheit des Sen. Korjanty, der verhaftet worden sei, obwohl er noch Abgeordneter des Schlesiens Sejm gewesen wäre. Er erinnerte daran, daß die Brester Gefängnisbeamten ausgezeichnet worden seien und betonte, ob es einen Zweck habe, sich beim Herrn Minister Michalowski über den Herrn Staatsanwalt Michalowski zu beschweren.

Sen. Seyda (Nat. Klub) unterstrich, daß es sich bei dieser Debatte in den gelegenden Kammern nur darum handeln könne, die Regierung zu veranlassen, daß die zuständigen Stellen eine gerichtliche Untersuchung verfügen. Im Augenblick scheine es, als ob man die ganze Angelegenheit überhaupt nicht behandeln wolle.

Nach verschiedenen anderen Diskussionsrednern ordnete der Senatsmarschall die Abstimmung an. Für den Antrag, die Eingabe des nationalen Klubs abzulehnen, stimmten 68 Senatoren vom Regierungsbund, dagegen 29 von der Opposition. Damit war der nationaldemokratische Untersuchungsantrag gefallen.

Von der Regierung waren erschienen der Vize-Ministerpräsident Pieracki, der Innenminister Skladkowski und der Justizminister Michalowski. Keiner von ihnen ergriff das Wort. Eine gewisse Zeit war auch der Ministerpräsident Slawek anwesend. Aus diesem Grunde wurden Gerüchte verbreitet, die besagten, daß er die Abfertigung eine Erklärung abzugeben. Diese Gerüchte bewahrheiteten sich nicht, da eine solche Erklärung in der Nachsitzung des Sejm erfolgen soll.

Korjanty wehrt sich gegen separatistische Unterstellungen

Vor einigen Tagen ist in der „Kreuzzeitung“ eine Zuschrift veröffentlicht worden, in der von angeblichen Bestrebungen zur Bildung eines selbständigen Freistaates Oberschlesien gesprochen wurde. Nach der Zuschrift sollte an einer Gleiwitzer Besprechung über diese Angelegenheit u. a. Prälat Ulika und von polnischer Seite Korjanty teilgenommen haben. Die Zuschrift, die von der obereschlesischen Zentrums-Presse sofort aufs schärfste zurückgewiesen und als vollkommen unwahr bezeichnet wurde, ist über die amtliche Polnische Telegraphenagentur auch in die polnische Presse gelangt und in der gestrigen Ausgabe der „Polonia“ verwahrt sich nun auch Korjanty energisch gegen die Behauptung, daß zwischen ihm und Prälat Ulika irgendwelche Verhandlungen stattgefunden hätten. Er erklärt, daß er seit der Abstimmung überhaupt nicht mehr in Deutsch-Oberschlesien gewesen sei und daß er auch seit dieser Zeit Prälat Ulika nicht mehr gesehen hätte.

Korjanty glaubt, daß die fragliche Zuschrift von polnischen Kreisen in die „Kreuzzeitung“ lanciert worden sei. Kürzlich hätte ein Abgeordneter der Regierungspartei bei ihm vorgeschlagen und ihm erklärt, daß man gegen Korjanty einen Lügenfeldzug einleiten und ihn als die treibende Kraft für die Errichtung eines Freistaates Oberschlesien verdächtigen würde, falls er über seine Behandlung im Militärgefängnis von Breft-Vitowst nicht schweigen würde. Zehn Tage nach dieser Mitteilung sei die Zuschrift in der „Kreuzzeitung“ erschienen und nach Ansicht Korjantys müßte die Zuschrift „auf irgendeine Weise mit der polnischen Regierungspartei in Verbindung gebracht“ werden.

Festlicher Empfang des Führers der indischen Unabhängigkeitsbewegung.

Bombay, 27. Januar. (R.) Gandhi wurde auf der Fahrt von Puna nach Bombay auf den Bahnhöfen, die sein Eisenbahnzug berührte, von Tausenden begrüßt, die ihm nach indischer Sitte die gefalteten Hände entgegenstreckten. Auf dem Viktoriabahnhof in Bombay, wo der Zug mit beträchtlicher Verspätung eintraf, hatte sich eine ungeheure Volksmenge eingefunden, die den Geleiterten bei seinem Erscheinen mit dem Ruf „Lang lebe Gandhi!“ empfing. Mit Mühe erreichten Gandhi und Frau Reidu das wartende Automobil. Schnell hatte sich ein Festzug gebildet, der sich im Schneckentempo nach dem modernen indischen Viertel der Stadt begab. Alle paar Minuten machte das Auto halt, um der Menge Gelegenheit zu geben, den Mahatma mit Blumen und Gewürzen zu schmücken. Während seines Aufenthaltes in Bombay wird Gandhi im Hause eines indischen Kaufmanns wohnen, doch verlautet, daß er und andere ebenfalls gestern freigelassene Mitglieder des Arbeitsausschusses des Nationalkongresses ohne Säumen nach Allahabad reisen werden, wo der alte Nationalistenführer Pandit Motilal Nehru schwer krank darniederliegt.

Das südslawische Königspaar in Agram.

Das südslawische Herrscherpaar ist am Sonntag vormittag um 10 Uhr zu einem Besuch in Agram eingetroffen. Der König und die Königin wurden von der Bevölkerung begeistert begrüßt. Zum Empfang hatten sich außer den staatlichen, städtischen und militärischen Behörden die Kirchenwürdenträger und Vertreter von über 600 Vereinen und Verbänden eingefunden. Der Bürgermeister Dr. Erkuhi hob in seiner Begrüßungsansprache die Bedeutung des Besuchs hervor und betonte, daß das Herrscherpaar die Freiheit und Einheit der Serben, Kroaten und Slowenen verfinnbildliche. Der König dankte in einer Ansprache dem Bürgermeister für den herzlichen Empfang und bat ihn, Agram und seine Bewohner der wärmsten Gefühle des Königs und der Königin zu verleiern. Unter begeisterten Zurufen der Menge

Vom 30. d. Mts. bis 11. Februar einschl.

10 BILLIGE WEISSE TAGE

Auf Wäsche, Stickerei, Spitzen, Taschentücher speziell erniedrigte Preise! Auf Winterartikel 20%. Sämtliche and. Artikel 10%.

Stanisław Schulz

Spezial-Kurz- u. Galanterie-Warenhaus

Poznań, St. Rynek 80/82

Heute früh 7 Uhr entschlief plötzlich meine liebe Frau, unsere gute Mutter,

## Frau Ida Scherske

geb. Arenz

im Alter von 53 Jahren.

Gustav Scherske, Fabrikbesitzer,  
Günter Scherske,  
Fritz Scherske.

Poznań, den 27. Januar 1931  
ul. Dabrowskiego 93.

Die Beerdigung findet am Freitag, dem 30. d. Mts., nachmittags 3 Uhr von der Friedhofshalle des Diakonissenhauses aus statt.

Heute früh entschlief sanft unsere herzengute Mutter und Schwiegermutter, unsere liebe Großmutter

Frau

## Marie Schwante

geb. Treppmacher

im 72. Lebensjahr.

Ihr Leben war erfüllt von Pflicht und Liebe.

Walter Treppmacher-Schwante, Wólka  
Helene Treppmacher-Schwante,  
geb. Faehndrich

Hermann Schwante, Gr. Schlaefen

Gertrud Schwante

geb. Dannert

Ernst Schwante, Colpin

Leni Schwante

geb. Gutmann

und 7 Enkelkinder.

Wólka, pow. Wrzesnia (Pozn.), den 27. Januar 1931

Die Beerdigung findet am 30. Januar, nachmittags 2 Uhr vom Trauerhause aus statt.

Am 23. Januar entschlief Herr

## Otto Rodak

Rittergutsbesitzer auf Leźce.

Mit ihm ist der letzte der Gründer unserer Molkereigenossenschaft dahingegangen, der von Beginn an Vorstandsmitglied war, bis sein hohes Alter ihn zwang, sein Amt niederzulegen. Aus seiner praktischen Erfahrung heraus hat der Heimgegangene mit Fleiß und treuer Pflichterfüllung unsere Genossenschaft in jeder Weise gefördert. Sein leuchtendes Beispiel wird uns stets vor Augen stehen und sein Andenken immer wachhalten.

Mleczarnia Pniewska, Pinner Molkerei

Sp. z o. o.

Vorstand.

Aufsichtsrat.

G. von Lehmann-Nitsche, Gielmno. R. Zehr. von Massenbach, Pniewy

Am 23. Januar wurde aus gefegnetem Leben im Alter von 85 Jahren abgerufen

Herr Rittergutsbesitzer

## Otto Rodak

auf Leźce.

Seit Begründung unserer Gemeinde hat er über 25 Jahre in Treue seines Amtes in den kirchlichen Körperschaften gewaltet.

Die kirchlichen Körperschaften der Gesamtgemeinde Reuthal-Seeberg  
Dr. Schulte. Dey. Freitag.



Drahtgeflechte  
4. und 6eckig  
für Gärten und Gassen  
Drähte in Stacheldrähte  
Preziosität gratis

Alexander Maennel  
Fabryka ogrodzeń drucianych  
NOWY TOMYŚL 5 (Wo), Pozn.

## Landwirtschaften

in Gr. v. 10—250ha in Gr. v. 10—250ha  
bester Werder- und  
Höhenboden u. Herd-  
buchvieh. Gailhäuser, mit Kolonialwaren, Saalwirts-  
schaft und Geschäftsgrundstücke, darunter eins in  
Kreisstadt, verkehrsreicher Straße, schiffbarem Fluß ge-  
legen. Es handelt sich um ein alteingeführtes Kolonial-  
warengeschäft, Haus- und Küchengeräte, Eisen- u. Kurz-  
waren, sowie Holz- u. Kohlenhandlung, großer Laden,  
1a Speicherräume, geräumiger Hof und großer Garten.  
sind sofort an schnellentschlossene Käufer bei mäßiger  
Anzahlung durch mich zu verkaufen.

Heinrich Benner, Neumünsterberg,  
Freistaat Danzig, Telefon Schöneberg a. d. W. 27.

Landmaschinen-Handlung in Großstadt,  
Bojew. Poznań, sucht jüngeren, tätigen

## Teilhaber

mit 12—15 000 zł Bareinlage, möglichst branchekundig  
u. zweisprachig. Ausführl. Ang. u. „Maschinen“ 405  
an die Geschäftsstelle d. Btg. Poznań, Zwierzyniecka 6.

Wir suchen von sofort oder später einen  
jungen Mann

mit guter Schulbildung, nicht unter 18 Jahren, welcher  
Luft hat, das Molkereifach zu erlernen. Gründliche  
Ausbildung zugesichert. Näheres schriftlich, Meldungen  
erbittet

Molkereigenossenschaft Krotoszyn.

## Verwenden Sie

während der kalten Jahreszeit zum  
Schmieren Ihrer Maschinen nur  
kaltbeständige Ampol-Oele  
und Sie sparen viel Ärger, Zeit  
und Geld!  
Alleinvertrieb Karl Sander, Poznań,  
Sew. Mielińskiego 23.

## Pianos

vollendet schön in Aus-  
führung und Ton, viel-  
fach prämiert

## Pianofabrik W. Zähne

Filiale Poznań  
Gwarna 10.  
Telefon 35-57

Auch Auslandsinstru-  
mente auf Lager.  
Konkurrenzlose Preise.  
Katzengalung bis 18  
Monate.

## Möbliertes Zimmer

zu vermieten. Fejzyc  
Piotra Wawrzyniaka 24  
Parterre rechts.

## Möbl. Zimmer

mit Telefon frei. Straz,  
Poznań, Siolarska 2, 11.

Anständiges  
Mädchen sucht Schlafstelle  
bei ordentl. Leuten. Nähe  
Alter Markt. Off. u. 432  
an die Geschäftsst. d. Zeitung  
Poznań, Zwierzyniecka 6.

Guter  
Privat-Mittagstisch  
ul. Wielka 18, I, rechts, Tel.  
37-28. Anmeldungen erbet.

## Berkaufe od. verpachte Molkerei

mit 40 Hekt. Landwirtschaft.  
Meldungen unt. 429 an die  
Geschäftsstelle dieser Zeitung  
Poznań, Zwierzyniecka 6.

Radio Schreibstisch  
zu verkaufen.  
Poznań, ul. Mickiewicza 17  
Parterre links.

## Was hat der Kaufmann zu tun ?

Wenn er dort profi-  
lieren will, wo ihm  
sein Konkurrent das  
Feld räumt, so muß er  
inferieren!

Junges, besseres Mädchen sucht Stellung als  
Hausdchter

zu Kindern od. zu einz. Dame mit Familienanschl. Mit  
allen häusl. Arb. vertr. Gefl. Off. u. „Hausdchter“  
a. d. Geschäftsst. d. Btg., Poznań, Zwierzyniecka 6.

2 Freunde, Landwirte, suchen  
auf dies. Wege die Besant-  
schaft zweier netter geb. 19-  
Damen zwecks späterer

## Heirat

Vermög. Nebensache. Diskr.  
zugef. Offerten mit Bild u.  
440 a. d. Geschäftsst. d. Btg.  
Poznań, Zwierzyniecka 6.

## Teppiche

repariert: Tabernackl,  
ul. Raczynski, 2 ptr. links,  
am Bernhardenplatz.

Suche z. 1. Februar 1931  
eventuell später

## Stellung als Buchhalterin

Langjähr. Praxis Deutsch  
u. Polnisch in Wort und  
Schrift. Gute Zeugnisse  
u. Referenzen vorhand.  
Gefl. Offerten unt. 1761  
an die Geschäftsst. d. Btg.  
Poznań, Zwierzyniecka 6.

## Englisch u. Französisch

erteilt M. Dolgow.  
Poznań, ul. 3 Maja 5  
bei Bernstein.

KINO WILSONA, Łazarz  
Ecke ulica Strusia - Mateckiego

Ab heute und folgende Tage  
„Der Sohn des Scheiks“  
In den Hauptrollen: Rudolf Valentino und  
Dilma Banky.  
Beginn 5, 7 und 9 Uhr.

Posener Bachverein.

## A-moll-Messe

von Joh. Seb. Bach

in Lissa: 1. II., 17 Uhr im Ev. Gem.-Saale;  
in Posen: 2. II., 16 Uhr in d. Kreuzkirche;  
in Gnesen: 8. II., 16 Uhr im Logensaale.

Eintrittskarten für 4, 2, 1 Zloty,  
für d. Pos. Auf. in der Ev. Vereinsbuchhandlung.

## Erfahrene Mütter behaupten, dass ein gutes Federbett viel zum Eheglück beiträgt...

Wir führen nur erstklassige (schon gewaschene)  
gebrauchsfertige Inlets und Unterbettdrells,  
für welche wir volle Garantie gewähren.

Alle Breiten am Lager. Niedrigste Preise!  
SCHUBERT & ADAMCZEWSKI  
Stary Rynek 85 — Ecke ul. Rynkowa.

## Kaufe reineffigen starken Kaltbluthengst

mit viel und korrektem Gang.  
Sondermann, Przyborówko  
bei Szamotuły.

## Suchen infolge Betriebsumstellung für verheirateten Maschinisten

mit Schlosserarbeiten, Maschinereparaturen, Bedienung  
elkt. Anlagen und Installation vertraut, lange in deutsch.  
Fabriken gearbeitet, zum 1. April oder sofort Stellung,  
evtl. mit Schwarzweizer.

Saatzuchtwirtschaft Stupia Wielka p. Sroda.

Gesucht  
intelligente Deutsche  
von angen. Neuheren, die  
einem Warschauer Stunden-  
u. Konversation erteilt. Off.  
u. 431 a. d. Geschäftsst. d. Btg.  
Poznań, Zwierzyniecka 6.

Konditorgehilfe  
mit 7 jähriger Praxis sucht  
von sofort od. später Stel-  
lung. Off. u. „Conditior“  
an die Geschäftsst. dieser Btg.  
Poznań, Zwierzyniecka 6.

Kommunalbeamter  
mit allen Hausverwaltungs-  
angelegenheiten sowie mit  
der neuen Meldungsberord-  
nung gut vertraut, Deutsch  
und Polnisch perfekt, nimm  
Hausverwaltung an. Off.  
u. 441 a. d. Geschäftsst. d. Btg.  
Poznań, Zwierzyniecka 6.

Leder-  
Handschuhe  
für Damen u. Herren  
Herrenartikel  
H. Seelige r  
Poznań, św. Marcina 43

Friedrich Nietzsche

JETZT IN RECLAMS UNIVERSAL-BIBLIOTHEK  
DURCH ALLE BUCHHANDLUNGEN  
Auslieferung für Polen und Danzig durch die  
CONCORDIA Sp. Akc.,  
Poznań, Zwierzyniecka 6  
Abteilung Groß-Sortiment.

Dringende Anfertigung in 24 Stunden!

## ERDMANN KUNTZE

Schneidermeister, Poznań, ul. Nowa 1, 1.  
Werkstätte für vornehmste Herren- und Damenschneiderei allerersten Ranges  
(Tailor Made)

Große Auswahl in modernsten Stoffen erstklassigster Fabrikate

Moderne Frack- u. Smoking-Anzüge zu verleihen. Fertig am Lager: Joppen, Reithosen u. Mäntel.

Täglicher Eingang von Neuheiten!